

# Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.2 - 60. Jahrgang

30. Januar 2010

## Klaus Wowereit: Haiti braucht Unterstützung

Klaus Wowereit hat zu Spenden, für die Opfer des Erdbebens in Haiti aufgerufen. Haiti werde lange Zeit auf Hilfe angewiesen sein, sagte Wowereit. In der „Aktion Deutschland hilft“ sind mehrere große Organisationen, darunter auch die Arbeiterwohlfahrt, zusammengeschlossen. Aktion Deutschland hilft: Konto 10 20 30, Bank für Sozialwirtschaft, Bankleitzahl 370 205 00, Kennwort: Katastrophen Erdbeben Haiti

## S-Bahn-Spitzengespräch: Entschädigung zugesagt

Mit weiteren 70 Millionen Euro will die S-Bahn Berliner Fahrgäste entschädigen. Das ergab das Spitzengespräch zwischen Klaus Wowereit und Bahnchef Grube. So sollen Jahreskarteninhaber zwei Monate kostenlos fahren können. Bis Ende 2010 werden alle Linien wieder planmäßig fahren, sicherte Bahnchef Grube zu.

## Manuela Schwesig: Kinderschutz verbessern

Ein Gesamtkonzept für die Weiterentwicklung des Kinderschutzes hat die stellvertretende SPD-Vorsitzende Manuela Schwesig vorgestellt. Das Konzept setzt auf frühzeitige Stärkung und Förderung – sowohl von Kindern als auch von Eltern. Eine wichtige Rolle spielt dabei die verfassungsrechtliche Absicherung. Um Kinderschutz wirksam zu garantieren, „müssen wir Kinderrechte ins Grundgesetz schreiben“, betonte Schwesig. Damit bekämen Kinder das Recht auf Entwicklung und Entfaltung ihrer Persönlichkeit, auf gewaltfreie Erziehung sowie auf Schutz vor Vernachlässigung und Ausbeutung. Praktisch sollen diese Ziele unter anderem durch eine bessere Zusammenarbeit von Jugendämtern, Ärzten, Behörden, Schulen und Kindertageseinrichtungen erreicht werden. **BS** □

Stadtpolitik:

## „Berlin nach vorn bringen“

Strategiepapier von Michael Müller und Klaus Wowereit

**Die SPD bleibt die „Berlin-Partei“, sie will Ansprechpartnerin für alle Bürgerinnen und Bürger sein, „die eine gerechte, solidarische und zukunftsorientierte Politik wollen“. Das hat die SPD-Fraktion auf ihrer Klausurtagung in Eisenach deutlich gemacht.**

Für die dritte Etappe sozialdemokratischer Regierungspolitik hat sich die SPD viel vorgenommen. Berlin soll zur Modellstadt für das nachhaltige Zeitalter weiterentwickelt werden. Dazu gehört, wie es in einem Strategiepapier von Klaus Wowereit und Michael Müller heißt, dass Berlin „zur Hauptstadt der nachhaltigen Wirtschaft und der grünen, innovativen Zukunftsinindustrien“ werden soll. Berlin soll die Stadt werden, in der unterschiedliche Lebensentwürfe akzeptiert und durch moderne soziale Dienstleistungen unterstützt werden, in der hervorragende Bildungseinrichtungen von der Kita bis in die Hochschule zu finden sind. „Berlin ist die Stadt, in der Menschen aus unterschiedlichen kulturellen Herkünften friedlich zusammenleben und Integration beispielhaft für die Republik gelebt wird. Berlin wird von der sozia-



Bekamen einhellige Unterstützung für ihr Strategiepapier: Michael Müller und Klaus Wowereit.

len zur solidarischen Stadt, in der die Bürgerinnen und Bürger füreinander eintreten und die Politik alle dabei unterstützt, ihr Leben eigenständig bestreiten zu können“, heißt es im Strategiepapier. Dafür gibt es ein solides Fundament: „Mit einer konsequenten Konsolidierungspolitik und einem von Klaus Wowereit und dem roten Senat eingeleiteten Mentalitätswechsel sei Berlin inzwischen im Chor der großen Metropolen als tolerante, weltoffene Stadt positioniert.“ **BS** □

siehe auch Seite 3, 4 und 6

## „Abzugsperspektive ab 2011“

SPD beurteilt Afghanistan-Pläne der Bundesregierung kritisch

**Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel hat bekräftigt, dass die SPD eine Aufstockung des Afghanistan-Mandats kritisch beurteilt. „Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie uns im Detail erläutert, wie das zustande kommt, die Zahl 850“, betonte Gabriel.**

Auch SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier sieht „noch Fragen offen“. Die SPD fordert daher von der Bundesregierung eine weitere Konkretisierung ihrer Pläne und zusätzlich eine klare Abzugsperspektive für die Bundeswehr ab 2011. Andernfalls, kündigte Gabriel an, werde es schwierig, „uns zu einer Zustimmung zu bewegen“.

Die SPD hatte ihr Afghanistan-Konzept auf einer prominent besuchten Konferenz

### IN DIESER AUSGABE:

ASF-VORSCHLAG ZUM LGG	S. 6
RAWERT ZUR INTEGRATIONSPOLITIK	S. 9
MATERIAL ZUR SCHULREFORM	S. 10
KLEDZIK: 50 JAHRE SPD-ARBEIT	S. 11

im Willy-Brandt-Haus diskutiert. Dabei wurde ein klarer Vorrang der zivilen Aufbauhilfe vor dem militärischen Einsatz gefordert. Hier habe sich die Bundesregierung auf die SPD zubewegt, so Sigmar Gabriel. **PM** □

siehe auch Seite 7 und 8

## Bundesministerien:

„Datum für  
Komplettumzug festlegen“

Noch in dieser Legislaturperiode müsse ein Beschluss gefasst werden, um das Prinzip der doppelten Amtssitze von Bundesministerien zu beenden. Das forderte die Vorsitzende des Bundestags-Haushaltsausschusses, die Berliner Bundestagsabgeordnete Petra Merkel angesichts der schwierigen Haushaltslage. „Wir müssen ein Datum festsetzen, zu dem alle Teile der Bundesregierung in Berlin zusammengeführt werden“, sagte sie dem Magazin „Cicero“ (Februarausgabe). Notwendig sei eine Übergangszeit bis etwa 2018 oder 2020.



Die neue SPD-Bundesgeschäftsführerin Astrid Klug hat sich im Gespräch mit SPD-Landesgeschäftsführer Rüdiger Scholz und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Kurt-Schumacher-Hauses über die Arbeit im Berliner Landesverband informiert. Das Willy-Brandt-Haus werde den Service für die Partei und die Bürgerinnen und Bürger ausbauen, so Astrid Klug. Gemeinsame Aufgabe sei es, deutlich zu machen, wofür die Sozialdemokratie in Deutschland steht.

## Öffentlicher Dienst:

Gewerkschaften uneinig  
über Tarifvertrag

An unterschiedlichen Auffassungen auf Seiten der Gewerkschaften ist der Abschluss eines Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst vorerst gescheitert. Der vom Senat vorgeschlagenen Wiedereintritt Berlins in die Tarifgemeinschaft der Länder und damit für die Übernahme des Tarifvertrages der anderen Bundesländer wurde von drei Gewerkschaften und dem Beamtenbund begrüßt, von ver.di dagegen wird das für Gemeinden und Städte geltende kommunale Tarifrecht bevorzugt.

Innensenator Dr. Ehrhart Körting hat bedauert, dass der Wiedereinstieg Berlins in den Flächentarifvertrag derzeit nicht möglich ist. „Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erwarten trotzdem, dass wir zu Regelungen kommen, wie man Vergütungsunterschiede reduziert. Wir werden dies jetzt mit den Gewerkschaften diskutieren. Der Senat steht dazu, zeitnah zu einer Regelung zu kommen“, erklärte er.

## Soziale Stadt:

## Frühwarnsystem greift

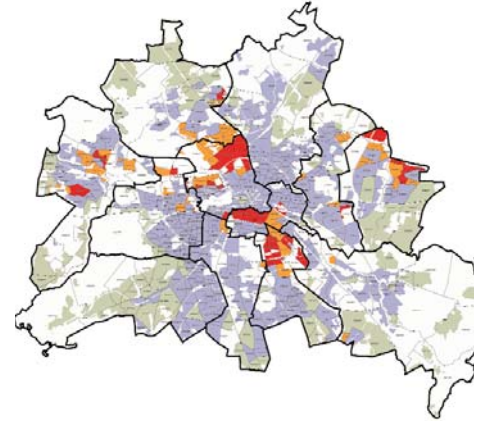
Junge-Reyer: „Wir sind in den richtigen Gebieten aktiv“

„Die erfreulichste Botschaft ist: Viele sozial problematische Gebiete haben sich nicht von der gesamtstädtischen positiven Entwicklung des Jahres 2008 abgekoppelt.“ Das stellte Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer bei der Präsentation der neuen Ergebnisse des Monitorings Soziale Stadtentwicklung 2009 fest. Die Studie, die seit 1999 zunächst zweijährlich und seit 2007 jährlich durchgeführt wird, gibt als „Frühwarnsystem“ Aufschluss über Veränderungen der Sozialstruktur in 447 Berliner Quartieren.

So kommt die Studie zum Ergebnis, dass 2008 auch in den schwächeren innerstädtischen Gebieten die Jugendarbeitslosigkeit und die Langzeitarbeitslosigkeit abgenommen haben. Ingeborg Junge-Reyer: „Auch in den 43 schwächsten Kiezen der Stadt sank der Anteil der Arbeitslosen von durchschnittlich 17,3 % im Vorjahr auf 15,8 % im Untersuchungszeitraum. Das Monitoring zeigt auch, dass wir in den richtigen Gebieten tätig sind. Die laufenden Quartiersverfahren werden genau dort benötigt, wo wir sie durchführen.“

In fünf größeren Gebieten ballen sich allerdings Arbeitslosigkeit und Armut. Das betrifft Wedding/Moabit, Kreuzberg-Nordost, Neukölln-Nord, Spandau-Mitte und Marzahn-Nord/Hellersdorf-Nord. In diesen Gebieten, die jeweils die Dimension einer Großstadt haben, lebt rund ein Viertel der Berliner Bevölkerung. Hier haben z. B. junge Menschen eingeschränkte Perspektiven, da die Kinderarmut höher ist als in der Gesamtstadt, hier liegen die meisten Planungsräume der Stadt mit einem niedrigen Entwicklungsindex. Das heißt, dass dort die Problemdichte deutlich höher ist als in den übrigen Teilen der Stadt, und dass zudem Aufwärtsentwicklungen schwächer sind als in der Gesamtstadt. Allerdings sind die Gebiete nicht einheitlich: Während die innerstädtischen Altbaugebiete in Wedding/Moabit, Kreuzberg-Nordost und Neukölln-Nord einen hohen Anteil an Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund haben, trifft das für die anderen Bereiche nicht zu.

In Nord-Marzahn/Nord-Hellersdorf liegen die arbeitsmarktbezogenen Indikatoren-Werte Arbeitslosigkeit, Jugendarbeitslosigkeit und Dauerarbeitslosigkeit im Jahre 2008 am höchsten von allen fünf Gebieten. Die Jugendarbeitslosigkeit hat dort - im Gegensatz zur Gesamtstadt, wo sie abgenommen hat - sogar zugenommen; und die Kinderarmut ist schwächer zurückge-



Entwicklungsindex 2009 - mit roten Alarmzeichen.

Foto: SenStadt

gangen als im städtischen Durchschnitt. Nicht die Migrantenhaushalte sind hier Teil einer hohen Problemdichte, vielmehr scheinen deutsche Familien von der positiven Gesamtentwicklung der Stadt nicht zu profitieren.

Senatorin Junge-Reyer: „Wir nehmen die Empfehlungen unserer Gutachter auf Basis der Monitoring-Ergebnisse sehr ernst. Deshalb entwickeln wir unsere bewährten Instrumente weiter.“ Die bereits laufenden Verfahren der Städtebauförderung wie z.B. Quartiersverfahren und Stadtumbau werden gebiets- und fachübergreifend stärker miteinander vernetzt. Angrenzende Kieze werden mit einbezogen.

Ingeborg Junge-Reyer: „In diesen Aktionsräumen bedeutet dies eine noch intensivere Arbeit für einen besseren Zugang zu Bildung und Arbeit, um jungen Menschen neue Perspektiven zu eröffnen. Die bereits 2008 eingesetzten rund 30 Mio. Euro in den Gebieten der zukünftigen „Aktionsräume plus“ konnten 2009 auf rund 50 Mio. Euro gesteigert werden.“

BS □

## Berliner Stimme

**Herausgeber:** SPD Landesverband Berlin  
**Verlag:** wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

**Redaktion:** Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

**Abo-Service:** Jürgen Thomas, Tel.: 2408 36-60, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de  
Abonnementspreis: 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)

**Druckerei:** KORRekt Mailingservice Berlin

SPD-Fraktionsklausur

# „Arbeit, Bildung, soziale Gerechtigkeit“

Auszüge aus dem Strategiepapier von Michael Müller und Klaus Wowereit

**Auf der SPD-Fraktionsklausur in Eisenach haben der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit und der SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende Michael Müller ein Strategiepapier „Arbeit, Bildung, soziale Gerechtigkeit: Berlin nach vorne bringen“ vorgelegt, das vier Schwerpunkte der Arbeit im Jahr 2010 umreißt. Die BERLINER STIMME dokumentiert Auszüge.**

**Berlin als Standort für Zukunftsindustrien.** Berlin ist eine kreative Dienstleistungsmetropole. Wir wollen die Stärken der Kreativwirtschaft, des Film- und Medienstandortes sukzessive weiter ausbauen. Um neuen Wohlstand und nachhaltiges Wachstum in die Stadt zu bringen, muss Berlin als Industriestadt erkennbar werden. Wir brauchen eine neue Industrialisierung der Stadt, die einen neuen Schub an Wachstum und Arbeitsplätzen auslöst. Mehr industrielle Arbeitsplätze schaffen zugleich mehr Arbeitsplätze im Berliner Handwerk.

## BERLIN BIETET RAUM FÜR NACHHALTIGE WIRTSCHAFT

Berlins Industrie ist durch die harte Sanierungsarbeit in den letzten Jahren heute international wettbewerbsfähig. Dieses Fundament wollen wir in der kommenden Dekade weiter stärken und ausbauen. Wir positionieren Berlin dabei als Standort für Zukunftsindustrien wie der Green Economy, der (E-) Mobilität, der Gesundheitswirtschaft und der wissens- und innovationsgetriebenen IT. In Berlin werden Produkte der nachhaltigen, ressourcenschonenden Wirtschaft des 21. Jahrhunderts erdacht, angewandt und produziert.

Wir wenden uns entschieden gegen die Pläne der Bundesregierung die Förderung des Solarstroms abzubauen. Dies schwächt den Ausbau Erneuerbarer Energien, schadet dem Solarstandort Berlin und gefährdet hunderte von Arbeitsplätzen.

Der Regierende Bürgermeister hat sich gemeinsam mit Wirtschaftsverbänden, den Gewerkschaften aber auch vielen weiteren Unternehmern des Mittelstandes aufgemacht, Berlin wieder stärker als Industriestandort zu profilieren. Klaus Wowereit wird im März einen „Steuerungskreis Industriepolitik“ mit Wirtschaft und Gewerkschaften im Roten Rathaus einrichten, der sich vornimmt, die Zahl der industriellen Arbeitsplätze deutlich zu erhöhen. Zugleich werden wir industrielle Räume wie Adlershof, Buch oder den TU Campus



SPD-Fraktion an historischer Stätte: 1869 tagte hier der Allgemeine Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterkongress. Foto: Metter

mit Nachdruck entwickeln. Nach seiner Schließung wird Tegel ein Industriepark.

**Integration ist umfassende Teilhabe für alle.** Soziale Integration ist ein Kernanliegen der SPD. Berlin gilt heute als weltoffene Stadt, in der Menschen aus unterschiedlichen Herkünften ihre Heimat finden. Dafür haben wir in den letzten Jahren das Fundament einer aktiven Willkommenskultur etabliert. Integration wird heute zigtausendfach erfolgreich gelebt.

## INTEGRATION ALS UMFASSENDE TEILHABE

Wir verstehen Integration als umfassende soziale, politische und wirtschaftliche Teilhabe. Sie gilt für alle Menschen – ob mit oder ohne Migrationshintergrund. Dieses Ziel zu verwirklichen ist ein Projekt für Generationen. Wir wollen fordern und fördern – auch im Bereich der Integrationspolitik. Positive Integrationserfolge dürfen durch reißerische Tagesmeldungen nicht kaputt gemacht werden. Wir wollen Erfolge noch sichtbarer machen.

Sozialdemokratische Politik verschließt aber auch nicht die Augen vor Fehlentwicklungen, insbesondere die schlechteren Chancen für Jugendliche mit Migrationshintergrund. Daher werden wir mit unserer Bildungsreform in Schule und Kita die Zahl der Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die keinen Schulabschluss haben, halbieren.

Der Wille zum Aufstieg ist in bestimmten Schichten verloren gegangen. Wo der Wille, durch Leistung und Anstrengung voranzukommen fehlt, werden wir Anreize neu setzen. Integrationspolitik ist bei uns ein Aufstiegsprogramm. Wir brauchen

**Fortsetzung Seite 4**

## „Ein verflucht ehrgeiziges Programm“

Berliner Presse zur SPD-Klausur

**Das Lob ist einhellig: Die Berichterstattung über die Klausurtagung der SPD-Fraktion und das Strategiepapier von Klaus Wowereit und Michael Müller fällt durchweg positiv aus.**

**Tagesspiegel, 24. Januar 2010:** „Wowereit und Müller wollen die solidarische Stadt, also das ehrenamtliche bürgerschaftliche Engagement als Ergänzung eines starken Staates, der die öffentliche Daseinsvorsorge hochhält. Ein verflucht ehrgeiziges Programm, aber eine brauchbare Grundlage für den öffentlichen Diskurs um die Zukunft Berlins. Und ein Signal, das die Berliner SPD erleichtert zur Kenntnis nimmt: Ihr Wowi ist wieder da.“

**Berliner Zeitung, 25. Januar 2010:** „In dem sechsstufigen Neuen SPD-Testament bekennen sich der Regierende und der Parteichef zwar zu der Politik des „Mentalitätswandels“ und der Haushaltssanierung mit ihren Härten, eröffnen aber eine neue Etappe mit deutlich sozialpolitischen und – zumindest deklaratorisch – ökologischen Schwerpunkten.“

**Berliner Morgenpost, 25. Januar 2010:** „Mit der Konzentration auf vier Schwerpunktthemen, die er mit Landes- und Fraktionschef Michael Müller in seinem Eisenacher Thesenpapier aufgeschrieben hat, setzt Wowereit den Rahmen für die politische Auseinandersetzung bis zur Wahl.“

Mit einem eigenen Steuerungskreis Industriepolitik nimmt er die von ihm lange vernachlässigte Rolle des Wirtschaftspolitikers zum Ausbau der Zukunftsindustrien an. Sein Wort vom Aufstiegsprogramm macht die SPD in der Integrationspolitik handlungsfähig. Der Frust über das Versagen der S-Bahn gibt der Idee, verstärkte kommunale Kontrolle über wichtige Unternehmen in den Sektoren Verkehr, Wasser und Energie zu haben, Rückenwind.“

**BS □**



SPD-Fraktionsklausur:

# „Arbeit, Bildung, soziale Gerechtigkeit“

Auszüge aus dem Strategiepapier von Michael Müller und Klaus Wowereit

## Fortsetzung von Seite 3

mehr Vorbilder, die aus ihrem Leben etwas gemacht haben – sie werden wir unterstützen. Die SPD wird 2010 den Hochschulzugang für junge Menschen ohne Abitur weiter öffnen, um Anreize für Aufstieg zu setzen und Durchlässigkeit zu stärken.

### BARRIEREN ABBAUEN, BILDUNG STÄRKEN

Durch die Sekundarschule, durch diverse Sprachangebote, durch frühkindliche Bildung mit künftig mehr als 1800 zusätzlichen Erziehungslehrerinnen und -lehrern sorgen wir dafür, dass kein junger Mensch ohne ausreichende Sprachkenntnisse bleibt. Durch stärkere Vernetzung der Initiativen und Behörden, durch mehr und mehr Stadtteilmütter sowie durch Integrationslotsen sorgen wir dafür, dass kulturelle Barrieren keine Mauern sind. Und durch die landesweite Ausweitung von Projekten wie „Stopp TOKAT“ oder „Stark gegen Gewalt“ unterstützen wir Polizei, Engagierte und Familien dabei, Gewalt und Ausgrenzung Einhalt zu gebieten.

**Die Solidarische Stadt.** Das von Union und FDP verabschiedete so genannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz wird die Spaltung der Städte verschärfen. Allein durch dieses Gesetz entgehen dem Land Berlin bis 2013 bis zu 721 Millionen Euro an Steuereinnahmen. Im Chor mit vielen anderen Kommunen werden wir gegen noch weitere „Spaltungsbeschleunigungsprogramme“ kämpfen.

Für uns in Berlin ist dieser Fundamentalangriff auf die Städte noch größerer Ansporn mit unseren Anstrengungen zur Förderung des Zusammenhalts nicht nachzulassen. Die Soziale Stadt ist ein Erfolgsmodell. Mit dem Doppelhaushalt 2010/ 2011 unterstützen wir weiter die Soziale Stadt mit dem Quartiersmanagement sowie Sozialarbeiterinnen und -arbeitern an Schulen, in Initiativen und Projekten.

Berlin hat ohne Zweifel im Vergleich zu anderen Städten insgesamt günstige Mieten. Unser Ziel ist es, die Berliner Mischung aller Schichten in den Quartieren zu erhalten - für die betroffenen Menschen und für die Attraktivität Berlins. Deshalb müssen wir jetzt Tendenzen der Verdrängung und steigender Mieten in einigen Quartieren entgegenzutreten.

### MIETEN BEZAHLBAR HALTEN

Beginnend mit der Klausurtagung der Fraktion und weiter über den Landespar-



Intensive Debatten: Die SPD-Fraktion in Eisenach.

Foto: Metter

teitag wird die SPD alle Möglichkeiten zur Steigerung der Wohnqualität bei gleichzeitiger Linderung von Mietsteigerungen ergreifen. Die SPD setzt sich daher auch für ein Klimaschutzgesetz ein, das Mieterinnen und Mieter nicht überfordert.

### DAS MITEINANDER IN DER STADT STÄRKEN

Die Soziale Stadt braucht die Solidarität vieler: Die der Berlinerinnen und Berliner in den Kiezen, die helfen und ehrenamtlich unterstützen; die der Unternehmen vor allem des Handwerks, die Ausbildungsplätze anbieten; die der Lehrerinnen und Lehrern, die motiviert auch kleinste Bildungs- und Integrationserfolge erkämpfen; die der öffentlichen oder privaten Wohnungsunternehmen, die Mieten bezahlbar halten und Wohnen im Kiez für alle erhalten; die der Sportvereine, die junge Menschen von der Straße holen.

Das ist unser Leitbild der Solidarischen Stadt. Dies unterlegen wir mit dem Programm „Aktionsräume Plus“. Wir werden im Jahr 2010 – angesichts der Ballung von Integrationsproblemen und angesichts der weiter bestehenden Herkunftsabhängigkeit von Bildungschancen in fünf besonders belasteten Quartieren (Kreuzberg-Nordost, Neukölln-Nord, Wedding/ Moabit, Spandau-Mitte, Marzahn/ Hellersdorf-Nord), integrations-, bildungs- und sozialpolitische Ansätze besser miteinander verknüpfen. So wird die Vernetzung der Akteure nochmals intensiviert, und der Stadtumbau auf Schulen, Kitas sowie Nachbarschafts- und Freizeitangebote konzentriert. Zugleich werden wir dort die Finanzmittel auf rund 50 Millionen Euro deutlich aufstocken. Mit den Mitteln werden beispiels-

weise Programme gegen Schuleschwänzen oder Sprachkurse für Zuwanderer bezahlt. Dieser Ansatz der solidarischen Stadt ist also aktive Integrationspolitik.

**Die Qualität der Daseinsvorsorge heben.** Der Ausbau der Ganztagschule, die stärkere Förderung beitragsfreier Kitas, sowie der Ausbau der sozialen Infrastruktur fördern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Sie folgen unserem Ansatz der guten öffentlichen Dienstleistungen, die unterschiedliche Lebensentwürfe in Berlin absichert. Wir wollen auch künftig Bildungs- und Betreuungseinrichtungen zu Familienzentren weiterentwickeln und die Qualität der Daseinsvorsorge erhöhen. Zugleich fordern wir die Bezirke auf, ihren Service für die Bürgerinnen und Bürger zu verbessern.

### DEN EINFLUSS DES LANDES STÄRKEN

Gas, Wasser, der öffentliche Personennahverkehr und die Krankenversorgung müssen sicher und bezahlbar sein. Die SPD schließt neue Privatisierungen in diesen Bereichen aus. Bei den bereits privatisierten Unternehmen geht es jetzt darum, wie der Einfluss des Landes am sinnvollsten gestärkt werden kann. Sollte die Deutsche Bahn nicht in der Lage sein, ihr S-Bahn-Desaster nachhaltig zu lösen, halten wir eine Übernahme der S-Bahn durch das Land Berlin für erforderlich.

Bei den weiteren Themen Wasserbetriebe oder Gasag wollen wir offen darüber diskutieren, ob der Einfluss des Landes durch die Neuverhandlung von Verträgen oder andererseits durch die Übernahme in Landesbesitz sinnvoll ausgebaut werden könnte.

BS □

Verkehr:

# In zwei Stunden nach Usedom

Usedomer SPD wirbt für direkte Bahnverbindung - Unterstützung von Klaus Wowereit

Das erklärte Ziel der Usedomer SPD ist die direkte Eisenbahnverbindung zwischen Berlin und Usedom. Der Wiederaufbau der Karniner Brücke steht im Zentrum des Bahnprojektes. Die Berliner sollten künftig in zwei Stunden staufrei auf die Insel Usedom kommen können.

Eine Abordnung der Usedomer SPD reiste nach Potsdam zu dem 2. Gipfeltreffen der Oder-Partnerschaft am 13. Januar an, um dort vor der Staatskanzlei für das Bahnprojekt zu demonstrieren.

Klaus Wowereit und der Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, Erwin Sellering, stellten sich zu den Demonstranten mit der historischen Karniner Hubbrücke auf dem Transparent. Klaus Wowereit: „Mit dem Projekt rennt Ihr bei uns offene Türen ein.“ Das ist ermutigend, aber wir sind noch lange nicht am Ziel!

Eine Neubewertung der Wirtschaftlichkeit der Bahnstrecke muss den Güterverkehr einbeziehen. Bei einer positiven Hafenentwicklung in Swinemünde würde sich das Bahnprojekt rechnen.

Es gibt einen aktuellen Ansporn für den raschen Bau der Bahn: die befürchtete Erweiterung der Grenzöffnung in Swinemünde/Garz für den Schwerlastverkehr mit 40 Tonnen. Hierzu muss allerdings die B 110 verbreitert werden. Aufgrund des Schengener Abkommens ist zu befürchten, dass die Transportwirtschaft dies durchsetzt. Das wäre der Anfang vom Ende des Naturtourismus auf Usedom! Die Bahn muss den Durchgangs-Güterverkehr zur Entlastung der Straße aufnehmen. Übrigens rechnen Bahnexperten mit einer Bauzeit von ca. 2 Jahren für die Wiederherstellung der ca. 35 km langen Bahnstrecke zwi-



Der Wiederaufbau der historischen Karniner Brücke ist nötig.

Foto: H.Karstaedt

schen Ducherow und Swinemünde und mit Kosten von 140 Mio €.

Das dritte und für die Verkehrswege in der Oder-Region entscheidende Gipfeltreffen wird schon im Oktober in Stettin stattfinden. Dort sollen die Verkehrsprojekte für die nächsten 10-20 Jahre in einem „Masterplan“ festgelegt werden. Das Karnin-Projekt muss in den Masterplan hinein! Bisher hat die Landesregierung von MV das Projekt blockiert, weil die Anbindung von Swinemünde an Berlin angeblich den polnischen Hafen Swinemünde zu Lasten der Ostseehäfen Rostock und Mukran begünstigt. Aber auch die polnische Seite muss für das Projekt gewonnen werden und bereit dazu sein, es in den Masterplan aufzunehmen. Mit der neu gewonnenen Unterstützung insbesondere durch Klaus Wowereit erhält das Karnin-Projekt erneut Auftrieb.

Weitere Lobbyarbeit in Berlin, MV und Polen ist in den nächsten Wochen dringend erforderlich. Die Insel-SPD hat eine Volksinitiative für das Karnin-Projekt und gegen die Öffnung des Grenzüberganges Swinemünde/Garz für den Schwerlastverkehr beschlossen.

Wir möchten in Berlin zusammen mit Berliner Eisenbahnfreunden einen „Usedom-Stammtisch“ zur Unterstützung des Karnin-Projektes einrichten. Wer macht mit?

**Dr. Günther Jikeli** □

➡ Infos über <http://spd-vorpommern.de/forum>, <http://www.spd-greifswald.de/ov-usedom.html> und <http://www.berlin.de/rbmskzl/europa/aktuelles/aktuell.html>.

➡ Kontakt: Dr. Günther Jikeli, Sprecher des Arbeitskreises Verkehr und Wirtschaft der SPD Insel Usedom, Mail: [guenther.jikeli@gmx.de](mailto:guenther.jikeli@gmx.de)

## Berlin im Zeichen der Wissenschaft

Auftakt zum Wissenschaftsjahr 2010 - Weiterer Ausbau von Forschung und Lehre

Der Wissenschaftsstandort Berlin gewinnt international weiter an Renommee. Das machten Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit und Wissenschaftssenator Prof. Jürgen Zöllner bei der Auftaktveranstaltung für das Wissenschaftsjahr 2010 am 22. Januar im Konzerthaus am Gendarmenmarkt deutlich. „Der Senat wird die Wissenschaftslandschaft weiter stärken und ausbauen“, sicherte der Regierende Bürgermeister zu.

Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner wies auf die Hochschulverträge hin, die den Universitäts-



Wissenschaftssenator Jürgen Zöllner.

Foto: Frank Schulenberg

ten Haushaltssteigerungen sichern. Und es werde 6.000 zusätzliche Studienanfängerplätze geben. Im Mittelpunkt des Berliner Wissenschaftsjahrs 2010 stehen die Jubiläen von fünf der ältesten und renommiertesten Wissenschaftseinrichtungen. Vor 350 Jahren wurde die Staatsbibliothek gegründet, die Charité feiert ebenso die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaft das 300-jährige Bestehen. Die Humboldt-Universität wurde vor 200 Jahren gegründet und der Vorläufer der Max-Planck-Gesellschaft, die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, vor 100 Jahren. **BS** □



## FRAKTION INTERN

**Transparenz sichern - Wasserverträge verhandeln.** Die SPD-Fraktion hat am Dienstag ein Positionspapier zum Umgang mit dem Volksbegehren Wassertisch sowie eine Änderung des Informationsfreiheitsgesetzes beschlossen. „Uns geht es darum, die größtmögliche Transparenz und Publizität bei den Wasserverträgen herzustellen“, so Landes- und Fraktionsvorsitzender Michael Müller. Dazu solle nun möglichst schnell das Informationsfreiheitsgesetz geändert werden. „Diese Änderung sichert mehr Transparenz aber auch für andere Bereiche der Daseinsvorsorge, wie für die Abfallentsorgung, den öffentlichen Nahverkehr und die Energieversorgung“, verdeutlicht Jörg Stroedter, Vorsitzender des Arbeitskreises Wirtschaft. Auch wenn für die SPD feststeht, dass sie in diesen Bereichen keine Privatisierung durchführen wird, solle auch für die Zukunft die Transparenz gesichert sein. In dem gleichfalls beschlossenen Positionspapier wird darüber hinaus der Senat aufgefordert, mit den Anteilseignern Veolia und RWE den Vertrag neu zu verhandeln. Ziel ist es, für die Berlinerinnen und Berliner bessere Konditionen durchzusetzen.

**Klausurtagung in Eisenach.** Schwerpunkt der diesjährigen Klausurtagung der SPD-Fraktion war die Solidarische Stadt. Gäste waren u.a. der neue Hauptgeschäftsführer des Mietervereins Reiner Wild und Tilmann Heuser vom BUND. Die Klausurtagung wurde von der Presse, den Referenten und den Abgeordneten übereinstimmend als sehr guter Start ins Jahr gewertet. Und das nicht nur aufgrund der dort gefassten wichtigen Beschlüsse, sondern auch in Hinblick auf die Strategieplanung bis zur Abgeordnetenhauswahl.

**Die Eisenacher Beschlüsse in Stichpunkten.** Mietenpolitik: Die SPD-Fraktion will die Mietsteigerungen im sozialen Wohnungsbau eindämmen. Dazu sollen Verhandlungen mit den Eigentümern aufgenommen werden. Über Bundesratsinitiativen sollen die Kappungsgrenzen bei allgemeinen Mieterhöhungen verschärft werden und die Umlage von Modernisierungskosten zeitlich begrenzt werden.

**Klimaschutz:** Die SPD-Fraktion setzt sich für ein sozialverträgliches Klimaschutzgesetz ein. Im Beschluss heißt es: Die SPD-Fraktion wird einem Klimaschutzgesetz nur zustimmen, wenn darin die ökologischen Belange und die sozialen Belange der Mieterinnen und Mieter gleichermaßen berücksichtigt werden. Weiterhin soll in Tempelhof ein Solarhafen initiiert werden. **tm □**

**Alle Beschlüsse unter <http://www.spd-fraktion-berlin.de/>**

Gleichstellung:

# Lücken im Gesetz schließen

## AsF wirbt für ein neues Landesgleichstellungsgesetz

**Durch das Berliner Landesgleichstellungsgesetz (LGG), das im vergangenen Jahr 25 Jahre alt wurde, sind die Frauen ihrem Anspruch, in der Verwaltung, in öffentlich-rechtlichen Körperschaften, in Anstalten und Stiftungen sowie in den Mehrheitsbeteiligungen des Landes Berlin gleichberechtigt beteiligt zu werden, ein ganzes Stück näher gekommen. Dies ist ein großes Verdienst der SPD!**

Aber die Frauen sind noch nicht am Ziel. Und mit dem geltenden LGG kann eine durchgängig gleichberechtigte Teilhabe von Frauen auch nicht erreicht werden, weil es im Gesetz Lücken gibt und Ergänzungen notwendig sind.

Dem hat die ASF mit ihrem im Januar 2010 präsentierten Vorschlag für eine Neufassung des LGG nun Rechnung getragen. Neben zahlreichen wichtigen Änderungen sieht der ASF-Vorschlag auch vor,

○ dass durch verbesserte öffentliche Stellenausschreibungen und transparentere Auswahlverfahren eine gleichberechtigte Präsenz von Frauen und Männern in Vorgesetzten-, Leitungs- und Führungspositionen, sowie bei Vorständen und Geschäftsführungen erreicht wird;

○ und dass die Rolle der Frauen- und Gesamtfrauenvertretungen gestärkt wird. Sie sollen zeitlich flexibler und unabhängiger arbeiten können und das Recht bekommen, Maßnahmen und Handlungen, die gegen das LGG verstoßen, wirkungsvoller und nachhaltiger zu beanstanden. Ihre Beanstandungen und Klagen vor dem Verwaltungsgericht erhalten eine „aufschiebende Wirkung“. Damit soll eine größere Sorgfalt im Vorfeld von Maßnahmen und Entscheidungen erreicht werden, also be-



Sybille Uken hat am Entwurf der ASF mitgearbeitet. Foto: privat

vor „das Kind in den Brunnen gefallen ist“, denn ein gerichtliches Verfahren kann sich über Jahre hinziehen.

Es ist ja auch nicht neu, dass das geltende LGG gerade bei der Besetzung von Spitzenfunktionen im öffentlichen Bereich Lücken hat. Schließlich war im Februar 2009 die rechtswidrige und damit nichtige Berufung des BVG-Finanzvorstands bekannt geworden. Bereits damals begann auch eine Diskussion über die öffentliche Ausschreibung und Besetzung solcher Positionen.

Die SPD ist sich aber auch längst darüber im Klaren, dass ein gleichberechtigter Zugang zu den Gremien der unter das LGG fallenden Einrichtungen abgesichert werden muss. Insofern müsste es der Partei sehr entgegenkommen, dass auch dies im LGG-Reformentwurf der ASF eindeutig geregelt ist. Die ASF erwartet vom SPD-Landesvorstand und von der SPD-Abgeordnetenhausfraktion eine zügige und konstruktive Beschäftigung mit der Vorlage und eine offensive Diskussion, auch in Richtung des verantwortlichen „Frauen“-Senators.

Die SPD ist die Partei, die sich für die tatsächliche Gleichstellung von Frauen einsetzt. Deshalb ist für uns Frauen- und Gleichstellungspolitik ein wichtiges Anliegen und kein Politik-„Appendix“.

Und da es auch nicht die Aufgabe der Abgeordneten ist, darauf zu warten, dass die für das LGG zuständige Senatsverwaltung einen Reformentwurf vorlegt, geht die ASF davon aus, dass sie einen entsprechenden Reformentwurf ins Parlament einbringen werden.

Es gibt Risiken bei allem, was man tut; die größten Risiken liegen im Nichtstun.

**Sybille Uken □**

## Stadtratswahl

Der Kreisvorsitzende der SPD Friedrichshain-Kreuzberg Dr. Jan Stöß ist am Mittwoch von der BVV als Nachfolger von Sigrid Klebba in die Funktion des Bezirksstadtrats für Finanzen, Kultur, Bildung und Sport gewählt worden. Sigrid Klebba wechselte als Abteilungsleiterin Jugend in die Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung. Stellvertretender Bezirksbürgermeister wird Bezirksstadtrat Dr. Peter Beckers, der für den Bereich Wirtschaft, Bürgerdienste und Ordnungsamt zuständig ist. □

Afghanistan-Konferenz:

# Verbindliche Abzugsperspektive

Dokumentation: Auszüge aus der Rede von Sigmar Gabriel

**Auf ihrer Afghanistan-Konferenz in der vergangenen Woche hat sich die SPD für eine verbindliche Abzugsstrategie aus Afghanistan ausgesprochen. In seiner Eingangsrede hat der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel die sozialdemokratischen Prinzipien erläutert. Die BERLINER STIMME dokumentiert Auszüge aus der Rede.**

Meine Partei wird in wenigen Jahren 150 Jahre alt. Die Frage von Krieg und Frieden beschäftigt uns seit unserer Gründung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Über nichts ist in der SPD so engagiert und mit heißen Herzen gestritten worden wie über Krieg und Frieden. Und auf nichts ist die SPD mehr stolz als darauf, dass wir spätestens seit dem 1. Weltkrieg militärische Mittel in die Hände der internationalen Staatengemeinschaft legen wollen, damit kein einzelner Staat darüber entscheidet und damit militärische Mittel die Ultima Ratio bleiben, um die Freiheit und Sicherheit von Menschen zu schützen.

Der Pazifismus ist eine wichtige Strömung in der SPD, aber die SPD war nie eine pazifistische Partei. Aber der Charakter militärischer Einsätze ist für die SPD seit vielen Jahrzehnten, letztlich seit den Ideen des Heidelberger Programms von 1925 der einer Art „Weltpolizei“, die dort auf der Grundlage des Völkerrechts Menschen schützen soll, wo die normalen polizeilichen Mittel nicht mehr helfen. Letztlich ist auch unsere eigene Geschichte ein deutlicher Hinweis darauf, dass derartige Einsätze notwendig sein können. Denn ohne die Bereitschaft der USA in den Krieg gegen Hitler-Deutschland einzutreten, könnte es sein, dass Menschen meiner Generation in Westdeutschland unter Hitler oder Stalin groß geworden wären.

Warum sage ich das zu Beginn dieses Hearings? Weil für die SPD seit nun fast 150 Jahren die Fragen nach Krieg und Frieden keine taktischen Fragen sind. Wir haben uns bei der Beantwortung dieser Fragen nie daran orientiert, ob unsere Antworten gerade in die aktuelle politische Landschaft passen oder nicht, ob wir uns einen kleinen politischen Vorteil zu unseren politischen Wettbewerbern erhoffen oder ob wir in der Opposition oder in der Regierung waren. Und wir haben die innerparteiliche Auseinandersetzung darüber nie gescheut. Die Nachkriegsgeschichte ist voll von Beweisen dafür: ob die Diskussion um die Wiederbewaffnung Deutschlands nach 1945 ging, um unsere Haltung zur Westbindung und der NATO, um den NATO-Doppelbeschluss oder die militärischen Auseinander-



Konferenz im Willy-Brandt-Haus.

Foto: Beatrice Bachnick



Die diskutierten auf der Konferenz über die Sicherheit in Afghanistan und die Verbesserung der Polizeiausbildung: Egon Bahr und Berlins Innensenator Ehrhart Körting.

Foto: Beatrice Bachnick

dersetzungen im Kosovo, in Afghanistan oder im Irak. Wir haben dazu immer auf der Grundlage von Prinzipien entschieden, nicht auf der Grundlage von Taktik. Das beste Beispiel dafür ist der Afghanistan-Einsatz selbst: Während die Vereinten Nationen eine militärische Intervention im Irak ablehnten und der sozialdemokratische Bundeskanzler deshalb dazu mit NEIN antwortete, findet der Afghanistan-Einsatz auf einer völlig klaren völkerrechtlichen Grundlage und auf Bitte der UN statt. Deshalb standen und stehen wir dazu. Es verbietet sich für uns, einerseits die Stärkung der UN zu fordern und militärische Mittel an Entscheidungen der UN zu binden, wenn wir gleichzeitig nie und in keiner Situation bereit wären, dieser Bitte der UN auch mit eigenen Truppenkontingenten zu folgen.

**Die Prinzipien, an die wir uns deshalb auch jetzt halten wollen, lauten:**

Der Einsatz militärischer Mittel bleibt Ultima Ratio und er muss auf der klaren Grundlage von Beschlüssen der Vereinten Nationen und des deutschen Bundestages stattfinden.

Die SPD steht zu ihrer internationalen

Verantwortung und will deutsche Entscheidungen eingebunden wissen in die Entscheidungen unserer internationalen Partner – insbesondere in der EU. Verlässlichkeit in der Außen- und Sicherheitspolitik ist für Deutschland unverzichtbar. Niemand würde auf Deutschland hören, wenn wir uns eratisch und nach jeweiliger Stimmungslage verhalten würden.

Beide Prinzipien sollen dazu beitragen, dass unsere Bevölkerung versteht und akzeptiert, wenn wir Militäreinsätze der Bundeswehr durchführen. Ein demokratischer Staat braucht die Unterstützung seiner Bevölkerung gerade für derartige schwierige Missionen. Dazu gehört, dass derartige Einsätze befristet sein müssen und wir nicht Teil einer dauerhaften Intervention werden können. Und dazu gehört auch, dass wir uns dauerhaft den kritischen Fragen zu unseren Einsätzen stellen und offen und transparent für alle antworten.

Bewaffnete Einsätze, Krieg, Frieden, Völker- und Menschenrechte bleiben für uns Sozialdemokraten prinzipielle Fragen. Sie sind nicht taktischer Natur. Allerdings erwarten wir von der Bundesregierung die gleiche Haltung. Die Tatsache, dass sich die Bundesregierung nicht auf eine gemeinsame Afghanistan-Strategie einigen kann, ist völlig inakzeptabel. Mal fordert der Verteidigungsminister mehr Kampftruppen, dann sagt der Außenminister, zu einer Truppenstellerkonferenz würde er erst gar nicht anreisen. So geht das seit Wochen hin und her. Und die Kanzlerin schweigt. Da hilft es auch nichts, wenn sie den Druck auf die eigenen Koalitionspartner dadurch erhöhen will, in dem sie behaupten lässt, sie sei mit der SPD einig. Das geht schon deshalb nicht, weil wir nicht wissen, wofür die Regierung steht.

Wir raten dringend dazu, diesen uneinigen Zustand in der Bundesregierung zu beenden. Wer ohne eigene Strategie nach London reist, sitzt dort am Ende am Katzentisch. Und wir raten auch dazu, diese Position der Bundesregierung in Abstimmung mit dem Deutschen Parlament vorzunehmen.

Wir sind nicht aus Gründen der Opposition gegen eine gemeinsame Haltung mit der Bundesregierung zur weiteren Afghanistan-Strategie. Aber wir wollen auch nicht für etwas vereinnahmt werden, über das nicht offen und für die deutsche Bevölkerung transparent mit uns beraten wurde. Die Kanzlerin ist aufgefordert, ihre Vorschläge vorzulegen und mit allen zu beraten. Wir jedenfalls sind dazu bereit.

BS □

Afghanistan-Einsatz:

# Weniger Kampfeinsatz, mehr Ausbildung

Karl-Heinz Niedermeyer zur Debatte um die Verstärkung des ISAF-Kontingents

**Die Frage nach einer Verstärkung des deutschen ISAF-Kontingents ist keine bloße Frage der militärischen und politischen Taktik und Strategie. Sie betrifft auch nicht allein die weitere Entwicklung in Afghanistan, sondern zielt auf zentrale Aspekte der Weiterentwicklung des demokratischen Systems unseres eigenen Landes und unserer politischen und gesellschaftlichen Leitvorstellungen. Sie betrifft insofern auch sozialdemokratische Grundwerte.**

Zunächst ein politisch taktischer Gesichtspunkt: Die von der Bundesregierung im Vorfeld der Londoner Afghanistan-Konferenz ins Spiel gebrachte Aufstockung des deutschen Kontingents um 500 Mann auf 5000 Mann, bei der offen bleibt, ob die zusätzlichen Truppen die Kampftruppen verstärken oder der Verstärkung der Armeeausbildung zugute kommen sollen, ist in keinem Fall eine angemessene Antwort auf die Surge-Initiative der US-Regierung. Sie ist nicht geeignet, Deutschland bei den USA und den anderen Verbündeten mehr als einen minimalen Ansehensgewinn zu verschaffen.

## ARGUMENTE GEGEN TRUPPENVERSTÄRKUNG

Ich möchte die für den FA I entscheidenden Argumente gegen eine Verstärkung des deutschen ISAF-Kontingents insgesamt und für eine Umschichtung innerhalb des Kontingents von Kampftruppen zu Ausbildungsmaßnahmen für afghanische Soldaten zusammenfassen:

**1.** Eine Verstärkung der deutschen Kampftruppen gefährdet das Ziel der Afghanisierung d.h. der Übernahme der Verantwortung für die Sicherheit der afghanischen Bevölkerung durch die afghanische Regierung, Armee und Polizei.

**2.** Eine wirksame Beteiligung der Bundeswehr an der Umsetzung des Surge-Konzepts (Verstärkung der Terrorbekämpfung und nachhaltige Schwächung der „terroristischen“ Gegner als Voraussetzung für einen kurz- oder mittelfristigen Rückzug der ISAF-Truppen) ist nur bedingt mit Truppen oder Einsatzmethoden möglich, die sich in ihrem Handeln bzw. in ihrer praktischen Umsetzung uneingeschränkt der parlamentarischen und öffentlichen Kontrolle stellen können. Eine Aufstockung der Spezialkräfte und eine Erweiterung ihres Spielraums gefährdet aber die Legitimität künftiger Kampfeinsätze mit deutscher Be-



ISAF-Einsatz: Der Fachausschuss wendet sich gegen eine Aufstockung deutscher Truppen.

teiligung gegenüber der afghanischen und der deutschen Bevölkerung und würde in der einen wie der anderen Weise den Taliban in die Hände arbeiten.

**3.** Eine Aufstockung der deutschen Kampftruppen und eine Ausweitung von Kampfeinsätzen mit deutscher Beteiligung würde die Kapazitäten der für eine „Armee im Einsatz“ verfügbaren Bundeswehreinheiten überfordern, sie ginge auf Kosten von moralisch und demokratisch besser motivierten Einsätzen etwa auf dem Balkan, im Libanon oder in afrikanischen Krisengebieten.

**4.** Eine Teilnahme an der Verstärkung der ISAF-Truppen nach den Plänen der US-Regierung würde mittelfristig mit der notwendigen Aufstockung des Verteidigungshaushalts und dem veränderten Verhältnis zwischen den militärischen und zivilen Mitteln der Interessenwahrnehmung Maßstäbe setzen, welche das Selbstverständnis Deutschlands als ziviler Macht und Führungsmacht der Friedens- und Wohlstandszone EU einschließlich der Attraktivität ihres Staats-, Wirtschafts- und Sozialmodells grundsätzlich negativ verändern würden.

**5.** Eine deutliche Anhebung der Zahl der insgesamt an Auslandseinsätzen der Bundeswehr beteiligten Soldaten stößt auf entscheidende Hindernisse an den Schuldenregelungen des EU-Stabilitätspakts und des Grundgesetzes, den finanziellen Anforderungen des deutschen Sozial- und Wohlfahrtsstaatsmodells sowie der parlamentarischen Kontrolle von Entscheidungen über Krieg und Frieden auch unterhalb

der juristischen Ebene der Kriegführung. Entscheidungen für Auslandseinsätze mit derart hohem Willkürcharakter, mit einer derartigen politischen und finanziellen Tragweite wie die Entscheidung für die Intervention im Irak zum Sturz Sadam Husseins, wie sie die Rahmenbedingungen des politischen Systems und die weltpolitische Stellung der USA erlauben, sind in der parlamentarischen Demokratie des Grundgesetzes bisher noch undenkbar. Aus all diesen Gründen könnte eine Beteiligung Deutschlands an dem amerikanischen Surge-Programm nur in einem symbolischen Rahmen bleiben, der Deutschland bei Verbündeten und Gegnern keinen nennenswerten außenpolitischen Ansehensgewinn bringen würde.

## DEN KONFLIKT POLITISCH GEWINNEN

**6.** Jeder zusätzliche auf einen Kampfeinsatz in Afghanistan vorzubereitende und dorthin entsandte deutsche Soldat repräsentiert mit den Kosten und Anstrengungen seiner Vorbereitung auf den Einsatz, der für den Einsatz im Land selbst erforderlichen Infrastruktur, den Vorkehrungen zur Eigensicherung, der Gefährdung seines eigenen Lebens sowie des Lebens und der Gesundheit der von ihm möglicherweise getöteten afghanischen Zivilisten ein Vielfaches der materiellen und moralischen Investitionen, welche die Taliban und andere regierungsfeindliche Gruppen im Falle einer Verstärkung der ISAF-Truppen für jeden zusätzlich erforderlichen Kämpfer auf ihrer Seite aufbringen müssten. Dies ist Ergebnis der Logik eines asymmetrischen Konflikts, den der militärisch Stärkere mit rein militärischen Mitteln nicht gewinnen kann. Der Konflikt in Afghanistan kann nur politisch, wenn auch – um mit Clausewitz zu sprechen – „unter Einmischung anderer“, nämlich militärischer Mittel gewonnen werden.

## Karl-Heinz Niedermeyer □

➡ Eine ausführliche Analyse zum Afghanistan-Einsatz findet sich in einem Papier des SPD-Fachausschusses I für Internationale Politik, Frieden und Entwicklung, das unter dem Titel „Deutsche Soldaten in Afghanistan: Stellungnahme zur Weiterführung des Bundeswehreinsetzes“ auf den Internetseiten der Berliner SPD zur Verfügung steht:

<http://www.spd-berlin.de/w/files/spd-fachausschuesse/fachausschuss-aktuell-02-10-fai-afghanistan.pdf>



Integration:

# Für wirkliche Teilhabe sorgen

Mechthild Rawert fordert Abbau sozialer Ungleichheit und Kultur der Anerkennung

**Auch die konservativsten Politikerinnen und Politiker haben begriffen, dass Migrantinnen und Migranten in Deutschland nicht ignoriert werden können und dass Deutschland bei einem MigrantInnenanteil von 20 Prozent ein Einwanderungsland ist. Wir können hier nicht mehr von Minderheiten reden. Berlin hat sogar einen MigrantInnenanteil von 40 Prozent. Das Potential zur prägenden Ausgestaltung unseres gemeinsamen Gemeinwohls ist da - Rechte und Macht zur Mitbestimmung fehlen in weiten Teilen noch.**

Die MigrantInnencommunities hören uns gespannt und oft mit einer gewissen Skepsis zu. Obgleich vielfach deutsche StaatsbürgerInnen sind sie bis dato vor allem bei anstehenden Wahlen als „Zielgruppe“ für die „deutsche“ Politik interessant. Aber auch die Bundestagswahl hat der SPD gezeigt, dass dieser paternalistische Ansatz nichts taugt. Wir brauchen Bedingungen, um Teilhabe „auf gleicher Augenhöhe“ in realiter umzusetzen.

## NOCH KEIN GEMEINSAMES VERSTÄNDNIS

Wir reden mehr über eine Kultur der Anerkennung, über gleichberechtigte Teilhabe am Leben in Deutschland und über Chancengleichheit als das wir sie praktizieren. Trotz vieler Diskussionen gibt es innerhalb der SPD noch kein gemeinsames Verständnis von Zielen, Inhalten und Instrumenten. Schwierig wird es vor allem, wenn es darum geht die Frage zu beantworten, ab wann Integration gescheitert ist und wann wir von einer erfolgreichen Integration sprechen können.

Ich bin stellvertretende Sprecherin der Querschnittsarbeitsgruppe Migration und Integration der SPD-Bundestagsfraktion. Auch hier wollen wir auf der Basis einer klaren Zieldefinition zu Veränderungen im Zusammenleben beitragen. Wir fangen nicht bei Null an. Um den notwendigen Diskurs transparenter zu gestalten, Koordinationsdefizite zu überwinden und Abstimmungen zu erleichtern, werden u.a. VertreterInnen der Länder und Kommunen, ExpertInnen aus Partei und der Zivilgesellschaft zu den Sitzungen der AG eingeladen.

Zwei Kernaspekte sind in der Integrationsdebatte zu beachten:

1. Es geht um den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Es geht darum, soziale Ungleichheit abzubauen und Chancen-



*Gesellschaftliches Umdenken gefordert: Die Berliner SPD-Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert: stellvertretende Sprecherin der Querschnittsarbeitsgruppe Migration und Integration der SPD-Bundestagsfraktion.*

Foto: BS

gleichheit für alle durchzusetzen. Gleiche Rechte sind Voraussetzung.

2. In der Gesellschaft muss ein Umdenken hinsichtlich des Umgangs mit den MigrantInnencommunities stattfinden. Als soziale und politische Bewegungen tragen aber auch diese Verantwortung für den Gesellschaftswandel.

## HOHE BEDEUTUNG VON ARBEIT UND BILDUNG

Beim Abbau sozialer Ungleichheit haben Bildungsperspektiven und der Zugang zum Arbeitsmarkt hohe Bedeutung. Wir PolitikerInnen haben den Auftrag, Instrumente für eine gleichgestellte Teilhabe zu schaffen. Deshalb ist die Berliner Schulstrukturreform von so herausragender Bedeutung. Bildung ist nicht nur die Eintrittskarte für ein erfolgreiches Berufsleben und sozialen Aufstieg sondern auch Voraussetzung für die selbstbestimmte Entfaltung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen.

In Berlin sind Jugendliche mit Migrationshintergrund im Ausbildungsmarkt stark unterrepräsentiert: Über 40 Prozent der Jugendlichen haben einen Migrationshintergrund aber nur 5 Prozent einen betrieblichen Ausbildungsplatz - das ist für Wirtschaft und Politik ein Armutszeugnis. Die Alterspyramide weitet den bereits existierenden Fachkräftemangel in einigen Branchen auf viele aus - zum Schaden aller. Politische Maßnahmen bei der Einstellungspraxis von Betrieben und öffentlicher Verwaltung sind unerlässlich.

Beim Thema Förderung des gesellschaftlichen Umdenkens geht es vor allem um Dialog, Wahrnehmung und Anerkennung.

Was tun wir, damit Deutsche, die dem Namen und Aussehen nach erkenntlich einen Migrationshintergrund haben, auch als Deutsche ohne „wenn und aber“ wahrgenommen und anerkannt werden? Kann Politik dazu beitragen, dass Fragen wie „Woher kommst Du und Deine Eltern denn genau?“ der Vergangenheit angehören? Vorurteile gehören auf allen Seiten abgebaut.

Gefragt ist vor allem die Zivilgesellschaft und jede/r Einzelne von uns. Politik muss aber Rahmenbedingungen - beispielsweise finanzielle Mittel, Räume - für dieses aktive zivilgesellschaftliche Leben schaffen. Die Einbindung von MigrantInnen in Politik und Medien, das Sichtbarmachen von Vorbildern anstelle einer Konzentration auf Defizitdebatten sind sinnvolle Instrumente zur Förderung eines Bewusstseinswandels.

Als Berliner Bundestagsabgeordnete unterstreiche ich die Vorreiterposition Berlins gerne. Bundes- und landespolitisch reichen unsere Anstrengungen aber noch nicht, um allen Menschen in Deutschland eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben unabhängig von Herkunft und Religion zu gewährleisten. Die Chancen der Querschnittsarbeitsgruppe Migration und der beim SPD-Parteivorstand gegründeten Zukunftswerkstatt „Integration“ unter Leitung von Klaus Wowerit und Kenan Kolat liegen in dem forcierten Anstoßen und Durchhalten profilierter gesamtgesellschaftlicher Debatten - und in einer effektiven Kooperation auf und über alle SPD-Ebenen hinweg.

**Mechthild Rawert** □

## Schulstrukturreform:

# Mehr Durchlässigkeit, mehr Chancen

Berlins Schülerinnen und Schüler sollen optimale Förderung bekommen

Die größte Berliner Schulreform der Nachkriegszeit kann starten. Bildungs-senator Jürgen Zöllner und die rot-rote Koalitionsmehrheit haben das Schulstrukturreformgesetz durchgesetzt. Künftig gibt es mit Sekundarschulen und Gymnasien nur noch zwei Schulformen nach der Grundschulzeit. Beide führen - in unterschiedlicher Zeit - bis zum Abitur. Die Sackgassen im Schulsystem werden beseitigt. Alle Sekundarschulen werden Ganztagschulen, das bedeutet, bis 16 Uhr gibt es für die Schülerinnen und Schüler Bildungs- und Betreuungsangebote.

„Noch immer bestimmt allzu oft die soziale Herkunft über den Bildungserfolg eines jungen Menschen“, sagte Bildungs-senator Jürgen Zöllner vor dem Abgeordnetenhaus. „Ich glaube, dass es möglich ist und möglich sein muss, die Leistungsfähigkeit aller Schülerinnen und Schüler zu steigern.“ Der 13jährige Weg zum Abitur an den Sekundarschulen sei eine vernünftige Antwort, um möglichst vielen Schülerinnen und Schülern eine Chance auf diesen



## Bessere Schulen - bessere Chancen

Optimale Förderung und längeres gemeinsames Lernen

● ZIEL: BESSERE INDIVIDUELLE FÖRDERUNG

Berlin Schülerinnen und Schüler sollen die bestmögliche individuelle Förderung bekommen. Das ist eines der wesentlichen Ziele der Schulstrukturreform, die nach ausführlicher Diskussion von der rot-roten Koalitionsmehrheit im Januar 2010 beschlossen wurde. Künftig führen zwei unterschiedliche Schulformen zu

unterschiedlichen, sondern nach so frühen die Berufungsbewerber die erweiterte Berufungsbewerber oder dem mittleren Schulabschluss.

Lernerfolg unabhängig von sozialer Herkunft

Die Berliner SPD hat ein vierseitiges Argumente-Heft zur Schulstrukturreform veröffentlicht. Es ist im Internet zu finden (<http://www.spd-berlin.de/infostand>) und kann angefordert werden unter 4692 222 oder **Foto: BS**

höchsten schulischen Bildungsabschluss zu geben, wobei die Bedeutung des bewährten Gymnasiums mit seinem um ein Jahr kürzeren Weg unbestritten sei.

Die Schulreform, so Zöllner, sei insgesamt die richtige Antwort auf die Herausforderungen der Stadt. „Moderne und gute Schulen integrieren in ihren Konzepten die

Lebenswirklichkeiten ihrer Schülerinnen und Schüler.“ Die Akzeptanz der Integrierenden Sekundarschule werde davon abhängen, ob Eltern Vertrauen in diese Schule gewinnen, ob sie überzeugt davon sind, dass diese Schulen ihren Kindern alle Perspektiven bieten, und ob ihre Kinder in dieser Schule optimale Förderung erhalten.

In die völlig falsche Richtung gehen nach Ansicht von Bildungs-senator Jürgen Zöllner die Vorschläge der Berliner CDU. Zöllner kritisierte vor allem, dass die CDU drei Bildungsgänge vorschläge, die jeweils nur zu einem Abschluss führen. Damit falle sie noch hinter den Status quo zurück, wonach selbst in der Berliner Hauptschule heute schon der mittlere Schulabschluss gemacht werden kann. Zöllner: „Nach dem Modell der CDU müssten Schüler im praktischen Bildungsgang dafür sogar noch die Schule wechseln. Das ist der alte Traum von leistungshomogenen Lerngruppen, der aber an den Bedürfnissen unserer Kinder, der Realität der Schulen und den Herausforderungen der Gesellschaft völlig vorbeigeht.“ **U.H. □**

## Was lange währt...

Siegfried Heimann: Kleine historische Reminiszenz anlässlich einer neuen Berliner Schulreform

**Am 10. Mai 1951 beschloss das Abgeordnetenhaus von Berlin eine Novelle zum bestehenden Berliner Schulgesetz aus dem Jahre 1948. Die achtjährige „Einheitsschule“, die am 13. November 1947 in der Berliner Stadtverordnetenversammlung mit den Stimmen von SPD, SED und LDP und gegen die Stimmen der CDU beschlossen worden war, sollte mit dieser Novelle abgeschafft werden.**

Der erste Entwurf des Berliner Schulgesetzes war bereits im März 1947 vom sozialdemokratischen Stadtrat Dr. Nestriepke eingebracht worden. Am 20. März 1947 berieten die Stadtverordneten erstmals den Entwurf. Ein CDU-Verordneter bemängelte am Entwurf die fehlende „Bindung von Schule, Elternhaus und Kirche“. Ein sozialdemokratischer Verordneter widersprach und lehnte „die Erhebung des Religionsunterrichts zu einem ordentlichen Lehrfach als nicht zeitgemäß ab“. Am 13. November 1947 debattierten die Stadtverordneten ein weiteres Mal über den Entwurf und beschlossen danach endgültig über das Berliner

Schulgesetz. Mit den Stimmen von 86 Stadtverordneten von SPD, SED und LDP und gegen die Stimmen von 30 Stadtverordneten der CDU wurde das Gesetz verabschiedet. Der Vorsteher der Stadtverordneten Otto Suhr, der spätere Regierende Bürgermeister, nannte nach der Abstimmung das Berliner Schulgesetz die „bedeutendste Rechtssetzung der Stadtverordnetenversammlung neben dem Sozialisierungsgesetz“. Wenige Tage später stimmte auch der Berliner Magistrat dem Gesetz zu, es trat freilich erst im Mai 1948 in Kraft, da die vier Alliierten sich Zeit ließen, das Gesetz zu genehmigen. Sie hatten einige Änderungen vorgenommen, außerhalb des „eigentlichen Stundenplans“ sollten die Kirchen auch zwei Stunden Religion unterrichten dürfen.

Damit war die achtjährige gemeinsame Grundschule, nur im Entwurf noch „Einheitsschule“ genannt, für ganz Berlin gültiges Recht. Sozialdemokratische Schulreformvorstellungen aus der Zeit der Weimarer Republik waren verwirklicht worden.

Vom ersten Tage an aber denunzierte die Berliner CDU das Gesetz, weil es die „kom-

munistische Einheitsschule“ eingeführt habe. Nach den Wahlen im Herbst 1948, bei denen die SPD mit 64% in den Westsektoren einen überwältigenden Wahlsieg erzielt hatte, dachte die so gestärkte SPD-Fraktion gar nicht daran, an dem Gesetz etwas zu ändern. Sie stand schließlich mit Franz Neumann als SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzenden nicht im Verdacht, kommunistischen Vorstellungen folgen zu wollen. Erst als sich nach den ersten Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus im Jahre 1950 die Mehrheitsverhältnisse für kurze Zeit änderten, nutzte die CDU die neue Mehrheit, um das Berliner Schulgesetz im Mai 1951 zu ändern. In der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 10. Mai 1951 widersprach der Fraktionsvorsitzende Franz Neumann vehement. Er kündigte an, dass „diese Änderung selbstverständlich revidiert würde, wenn parteipolitisch einmal wieder andere Mehrheitsverhältnisse bestehen“ würden.

Es sollte allerdings bis zum Jahre 2010 dauern, bis diese Absicht zumindest teilweise in einem neuen Berliner Schulgesetz verwirklicht wurde. **S. Heimann □**



## Bildungspolitik:

# „Hoffnung mit auf den Weg geben“

Ulrich Johannes Kledzik über 50 Jahre SPD und den Aufbruch in der Bildungspolitik

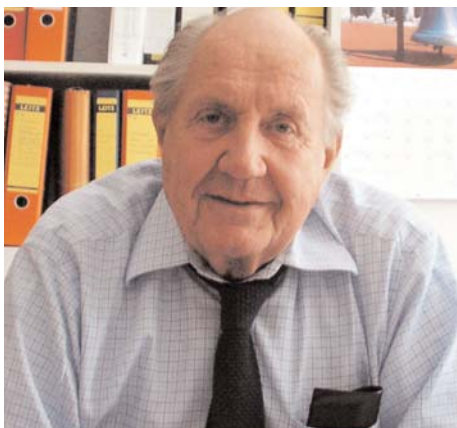
**Erst wenn man sich exakt mit seinen Daten befasst - und dazu ist ja jetzt Zeit - stellt man auch Überraschendes fest. Mein Eintrittsdatum in die SPD ist laut erstem Mitgliedsbuch der 27. Oktober 1959. Es wurden Bildungsfonds-Marken geklebt für 60 Pfg. „Monatsbeitrag 6,-Mark. Sondermarken für 1 Mark erinnern nach 1961 an die Ostbezirke: „Wir bleiben ein Volk.“**

1963 eine Sondermarke mit der Aufschrift „Deutsche Sozialdemokratie, fünf Generationen, eine Idee!“ 1965: „SPD Vorn“ für 2,- Mark und schließlich 1966 die Betschwörung „SPD-Wir bleiben eine Stadt“, mit 5,- Mark zu untermauern!

Die Solidarität in Notzeiten auf der ersten Ebene politischer Bekundung rührt gerade heute an. Lothar Löffler, später 17 Jahre Mitglied der SPD-Fraktion des Deutschen Bundestages, warb mich persönlich. Er war Kollege an der Weddingener Ernst-Reuter-Schule, seit 1953 ein vorzeigbarer Schulneubau, Wahlkreis Plumpe (heute mit dem Pressewart Brunnenviertel belegt?!), von Ernst Reuter, Willy Brandt und Gerd Löffler erfolgreich über Jahre für die Partei gehalten.

Am 15. November 1959 öffnete sich die SPD, die marxistische Arbeiterpartei wurde zur Volkspartei, orientiert an den Grundwerten des Pluralismus und der Marktwirtschaft, festgelegt im Godesberger Programm. Auch mich, im Studium überzeugt worden von unterschiedlichen Schulreformatoren der 20er Jahre (Blume, Heimann, Klesse), zogen Zielsetzungen an, die im schulpädagogischen und bildungspolitischen Feld die sich schnell ändernden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wirklichkeiten zu berücksichtigen versuchten: Schülerorientierte Unterrichtsverfahren, neue Didaktik unter Berücksichtigung aufkommender Medien, Strukturänderungen, neue Inhalte, verpflichtende Fremdsprache, Förderung von Fähigkeiten für alle, die früher nur Eliten abverlangt wurden und mit dem Begriff Mündigkeit zum Bildungsanspruch für alle wurden.

Unser Enthusiasmus verminderte sich auch nicht nach der Spaltung der Stadt. Im Gegenteil, wir postulierten Berlin als pädagogische Werkstatt für die Bundesrepublik, gaben dem Stadtstaat dadurch einen beachteten Arbeitsschwerpunkt (allein Cornelsen und Schering verblieben in der Stadt), etwa mit der Absicht, die Schulzeit um eine 10. Pflichtschulklasse zu verlängern, was schon 1963 in die Regierungserklärung des von Willy Brandt geführten Senats aufgenommen wurde; festhalten



Ulrich Kledzik wurde für 50 Jahre Mitgliedschaft geehrt. Foto: Horb

an der 6-jährigen Grundschule und Strukturveränderungen im Sekundarbereich, meine erste Buchveröffentlichung „Die Oberschule Praktischen Zweiges in Berlin“ erschien 1963, 250 Seiten.

Die Reformphase des Berliner Schulwesens von Mitte der 60er bis Mitte der 80er Jahre war notwendiger Aufbruch und vereinte pädagogische Idealisten, realistische Akteure und zupackende Politiker, Gewerkschaften (Erich Frister), und Eltern. Eine Schule für alle in Form der Gesamtschule (noch heute von 30% besucht), neubestimmte Berufsausbildung, Oberstufenreform, Berufsorientierung in einem neuen Fach Arbeitslehre, Berufswahlvorbereitung, Praktika u.v.m.

Auch wenn nach 1968 Richtungen sich vereinzeln, gelang es doch, die Gestaltungsphase im Schulwesen mit Leidenschaft, aber auch Illusionen lebendig zu erhalten. Als Genossen, Eltern, Bürger erleben wir Ermutigung und Enttäuschungen in raschem Wechsel, versuchten mit pädagogischer Kompetenz Kurs zu halten und ideologische Überdehnungen zu verhindern. Lehrer und Lehrerinnen waren immens belastet. Manchmal bekämpften sich Gruppen untereinander, teilweise radikaler als mit den politischen Gegnern. Wer erinnert sich nicht an die Dienstags- oder Donnerstags-Kreise! Immerhin, in der Bildungspolitik der Stadt waren die Profilierungsgruppen bereit, den Reformkonzepten beginnend mit Evers Planung für die Innere Schulreform, sowie die Strukturreform für eine integrierte Gesamtschule zu folgen.

Ich bin mit vielen Kollegen meiner Zunft dankbar, dass wir in jenen Jahren sozialdemokratische Schulpolitik gestalten und mittragen konnten. Unvergesslich der persönliche Einsatz in unzähligen Debatten,

noch heute ein verbindendes Band politischen Wollens für Kollegen und Genossen. Aber auch unvergessen die Enttäuschung gerade in Berlin, als Parteiprogramme das Wort GESAMTSCHULE mieden, weil man meinte, dadurch Schulreform attraktiver darstellen zu können, aber gleichzeitig die enormen Anstrengungen gerade in der Berliner Schule dabei unerwähnt ließ. Eine Zieländerung erfuhr auch das neue Unterrichtsfach Arbeitslehre, das traditionelle Schulprogramme um Inhalte von Technik, Wirtschaft, Haushalt, Beruf zu ergänzen vermochte, Schüler motivierte und heute leider auf Berufsvorbereitung verkürzt zu werden scheint. Manchmal erhalten gute Ansätze auch nur neue Namen, um neue Protagonisten vorzustellen. Politisch gedeutet: Stets ist Beharrlichkeit von Nöten, um eine als richtig erkannte Sache durchzuhalten, zumindest eine Bewährungszeit lang, das kostet Kraft. Nur wenn man selbst überzeugt ist, kann andere überzeugen!

Nun darf Erinnerung nicht an die Stelle der Hoffnung treten. Die globalisierte Welt zu Beginn des 21. Jahrhunderts setzt andere Akzente. Neue Programme müssen entworfen oder Fortführungen ermöglichen. Die Parteienlandschaft ändert sich. Wissenschaftler, wie mein britischer Kollege Ralf Dahrendorf, prognostizierten gar das Verschwinden politischer Parteien!

Um zeitgerecht auf sozialen Wandel, Wohlstand, politische Teilnahme vorzubereiten wird die Herausforderung in Bildung und Schulwesen in unserm Zeitalter zwar weiterhin den Eliten aber in gleicher Weise den großen Massen zu gelten. T.S. Eliot meinte schon vor Jahren in diesem Zusammenhang sogar, dass das Erziehungswesen eines Volkes heute wichtiger sei als sein Regierungssystem!

Gabriel erkennt aktuell m.E. zurecht, dass die Mitte der Ort ist, an dem es um die Deutungshoheit zu ringen gilt. Ich teile seine Auffassung, dass Freiheit und Verantwortung, Freiheit und Gerechtigkeit in ihrer Gegensätzlichkeit nur über die Arbeit für das Gemeinwohl gebunden werden können. Die Stärkung des Gemeinwohls bleibt zurecht Grundbekenntnis der SPD.

Folgen wir Willy Brandts Hinweis, wonach jede Zeit ihre eigenen Antworten benötigt. Nach Bruch und Desaster beginnen soeben neue Deutungen von Freiheit, Gerechtigkeit Innovationen, die nun Söhne, Töchter und Enkel versuchen werden zu beantworten. Geben wir ihnen nach eigener Lebenserfahrung Hoffnung mit auf den Weg. **Ulrich Johannes Kledzik** □

Gewerkschaftsgeschichte:

# Auf internationalem Parkett

Biographie beschreibt den Lebensweg des Berliner Gewerkschafters Hans Gottfurcht

Mehr als vier Jahrzehnte hauptberuflicher Gewerkschaftsarbeit lagen hinter ihm, als der Vize-Generalsekretär des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG), Hans Gottfurcht, 1960 seinen Schreibtisch in Brüssel räumte und in den Ruhestand trat. Sein Arbeitsgebiet war die Welt, er kannte Arbeitsbedingungen in Kalkutta ebenso wie in Lagos, war mit Gewerkschaftern auf allen Erdteilen bestens bekannt. Doch seine Wurzeln hatte Gottfurcht in Berlin. Ursula Bitzegeio, Gewerkschaftsexpertin bei der Friedrich-Ebert-Stiftung, hat seinem Lebensweg nachgespürt und präsentiert in einer beeindruckenden Biografie zugleich wesentliche Teile der Angestelltenbewegung in der Weimarer Republik, der Gewerkschaftsarbeit im Untergrund während der Nazi-Zeit und im englischen Exil sowie den gewerkschaftlichen Wiederaufbau nach 1945.

Hans Gottfurcht wird 1896 in einer jüdischen Kaufmannsfamilie in Berlin geboren, besucht das Kaiserin-Augusta-Gymnasium in Charlottenburg und absolviert eine kaufmännische Lehre im Textilunternehmen Lachmann & Meyer in der Mohrenstraße und wird 1916 als Kontorist übernommen. Seit dem zweiten Lehrjahr ist Gottfurcht im Zentralverband der Handlungsgehilfen (ZdH) gewerkschaftlich organisiert.

Als 17-Jähriger möchte er in Berlin-Wilmersdorf SPD-Mitglied werden. Das steht dem preußischen Vereinsgesetz entgegen, und somit wird es eine „vorläufige“ Mitgliedschaft. „Das Parteibuch erhielt Hans Gottfurcht dann per Post kurz nach seinem 18. Geburtstag“, hat Ursula Bitzegeio her-



Dr. Ursula Bitzegeio: *Über Partei- und Landesgrenzen hinaus. Hans Gottfurcht (1896 - 1982) und die gewerkschaftliche Organisation der Angestellten*, J.H.W. Dietz Verlag, Bonn, 2009, 424 Seiten, 48 Euro, ISBN 978-3-8012-4192-6.

ausgefunden. Von 1917 bis 1922 gehört er der USPD an.

Der Handelsangestellte wird 1919 Gewerkschaftssekretär, zunächst beim Verband der Angestellten in der Textilindustrie, dann beim Zentralverband der Angestellten (ZdA). Er erweist sich als talentierter Organisator, wird mit 25 Jahren Gauleiter im Rheinland, dann in Berlin. Er hat zwar seinen Schreibtisch in der Kreuzberger Hedemannstraße, doch er ist als unermüdlicher Organisator des ZdA im gesamten Nordosten Deutschlands unterwegs. Nach der Zerschlagung der Gewerkschaft-

ten durch die Nazis 1933 hält sich Gottfurcht als Versicherungsvertreter über Wasser. So kann er Verbindung zu anderen Gewerkschaftern im Untergrund halten. Auslandsreisen nutzt er für Kontakte zu internationalen Gewerkschaftsorganisationen. 1938 wird die „Gottfurcht-Göring-Gruppe“ von der Gestapo zerschlagen, seine Wohnung am Neuköllner Weigandufer durchsucht. Hans Gottfurcht entkommt nach London. Dank seines Organisationsgeschicks und guter Englischkenntnisse gelingt es ihm, im Exil ein Netzwerk aufzubauen. Er wird Vorsitzender der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien, verfügt über gute Drähte zum englischen Gewerkschaftsbund TUC sowie zur Labour-Party. Geschickt überbrückt er innerhalb der deutschen Exilkreise politische Differenzen. Mit britischem Pass reist Hans Gottfurcht durch das zerstörte und besetzte Deutschland, skizziert eine Bestandsaufnahme und unterstützt die Rückkehr der Gewerkschafter aus dem Exil. In Berlin trifft er mit früheren Weggefährten wie Bernhard Göring, inzwischen 2. FDGB-Vorsitzender, zusammen, der gar ein Gespräch mit Walter Ulbricht in Berlin vermittelte.

Unzufrieden ist er über den Dissens zwischen DGB und DAG über die Angestelltenbewegung. Berufliche Offerten beider Organisationen weist er zurück und heuert 1949 beim IBFG an, wird 1951 stellvertretender Generalsekretär. Auch im Ruhestand kehrt er nicht nach Deutschland zurück. In der Schweiz stirbt er 1982. Mit dieser akribisch recherchierten und lesenswerten Biografie erinnert Ursula Bitzegeio an eine fast vergessene Autorität der Gewerkschaftsbewegung. **Gunter Lange** □

## „Nach Berlin, nach Berlin, nach Berlin!“

Neuerscheinung vereint Gedichte, Prosa und Dokumente aus der Berliner Zeit von Joachim Ringelnatz

Er gehörte zu den verbrannten Dichtern. Joachim Ringelnatz, der Schriftsteller, Schauspieler und Maler, der in den zwanziger Jahren das Publikum nicht nur in Berlin begeisterte, starb 1934 verarmt nach schwerer Krankheit, nur 51jährig.

Vergessen ist Ringelnatz nicht, eine Ringelnatz-Gesellschaft, eine Stiftung und ein Verein erinnern an den Künstler, der seine alltäglichen Beobachtungen in eingängige Versform bringen konnte und der mit hohem moralischen Anspruch auch die Geschmacksgrenzen seiner Zeit auslotete.

Nach vielen Auftritten in der Hauptstadt zog er 1930 dauerhaft „Nach Berlin, nach Berlin, nach Berlin!“ - so der Titel eines von Frank Möbus jetzt herausgegebenen Bandes, der Gedichte, Prosa und Dokumente von Ringelnatz vereint, die zwischen Romanischen Café und Westend entstanden. Mit dabei auch ein kurzer Roman, der in seiner Aneinanderreihung von Bildern, Eindrücken, Gesprächen, die Stimmung der Zeit lebendig werden lässt.

Als „fortlaufende Liebeserklärung“ an Berlin beschreibt Herausgeber Frank Möbus in einem knappen, aber prägnanten

Vorwort die Texte. Die Sammlung bietet eine Möglichkeit, das Berlin der zwanziger und dreißiger Jahre zu entdecken, aber auch einen einfühlsamen, klug beobachtenden Dichter, der mit überraschenden, scharfsinnigen, oft humorvollen und mitunter auch düsteren Wendungen zum Nachdenken über die Alltäglichkeiten des Lebens anregt. **U. H.** □

➔ Möbus, Frank (Hrsg.): Ringelnatz. Nach Berlin, nach Berlin, nach Berlin! Gedichte, Prosa und Dokumente aus der Berliner Zeit. Verlag für Berlin-Brandenburg Berlin 2009. 250 S., 19,90 €.



Friedliche Revolution:

# Jeden Tag Veränderungen

Anne-Kathrin Pauk über die Anfänge der SPD-Arbeit in Ost-Berlin 1990

Vom 12. bis 14. Januar 1990 hatten sich in der Kongresshalle am Berliner Alexanderplatz die Delegierten der drei Monate zuvor gegründeten Sozialdemokratischen Partei (SDP) in der DDR getroffen (siehe BS 1-2010), am 3. und 4. Februar fand in der Akademie der Künste der erste Bezirksparteitag der Berliner SPD statt.

Als Vorsitzende des Ost-Berliner Bezirksverbandes wurde Anne-Kathrin Pauk bestätigt. Sie hatte den Berliner Vorstand seit der Gründung des Bezirksverbandes im November geleitet.

Eingetreten war sie im Oktober 1989 - zusammen mit Ulrich Scholz, den sie vom Studium kannte. „Die SDP-Formulare haben wir damals noch in der Wohnung versteckt“, erinnert sie sich. Wirkliche Angst vor der Staatsmacht hatte sie allerdings auch nicht mehr: „Vor allem nicht nach der öffentlichen Berichterstattung über die SDP. Das war auch ein Schutz.“

Ein Vierteljahr später tagen sie nicht nur öffentlich, sie stehen auch mit Flugblättern und SPD-Zeitungen auf der Straße. „Der erste West-Berliner Sozialdemokrat, den ich kennengelernt habe, war Bibi Günther“, erinnert sich Anne-Kathrin Pauk. „Er hat uns in die 6./7. Abteilung nach Kreuzberg eingeladen.“ Dort berichtete sie vom Aufbau der SPD in Ost-Berlin.

Die Zusammenarbeit mit der West-Berliner SPD wurde intensiver. Ulrich Scholz übernahm die Redaktion des „Berliner Stadtblatts“, der ersten zweiwöchentlich erscheinenden Zeitung des Bezirksverbandes, die in Kooperation mit der Berliner Stimme, der Abonnementszeitung, der West-Berliner SPD entstand. Finanziert wurde die Zeitung mit 100.000 Exemplaren Auflage durch Anzeigen von West-Berliner Unternehmen.

Die SDP-Gründung hatte sich ausdrücklich gegen die SED gerichtet, die die Zwangsvereinigung und das Verschwinden der SPD zu verantworten hatte. Mit Vertretern der SED oder der Nationalen Front war für die SDP-Gründer daher eine Zusammenarbeit nicht denkbar. Auch wenn einige, wie der Dresdener Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer, als etwas offener galten, verkörperten sie doch das System. „Das war das, was man abgelehnt hatte“, sagt Anne-Kathrin Pauk. „Ich war damals sehr dafür, dass man solche Leute wie Berghofer in die SPD holt, aber nicht mit denen als SED-Funktionäre zu reden. Wozu denn?“

Ein solches Denken hätte es wohl nur in der West-SPD gegeben. „Sie hatte mit der



Hellersdorfer Sozialdemokraten: Treffen in der Wohnung von Ulrich Scholz. Fotos: Klaus Lichtenstein

Ostpolitik einen Riesenschritt gewagt, mit den Leuten zu reden - immer das Ziel von Verbesserungen für die Menschen auf beiden Seiten vor Augen“, so Anne-Kathrin Pauk. „Das ist alles legitim, das war sehr wertvoll für unsere gemeinsame Geschichte. Aber es an diesem Punkt noch zu machen, das war in einigen Aspekten für uns auch schmerzvoll.“ Da sei die SPD sehr langsam im Begreifen gewesen, was für ein Veränderungsprozess eingesetzt hatte.

Tatsächlich brachte jeder Tag Veränderungen. Staatliche Stellen und SED hatten die Macht verloren, die Bürgerrechtsbewegungen und die SPD waren organisatorisch noch nicht in der Lage, das Machtvakuum auszufüllen. An den runden Tischen wurden die wichtigen Entscheidungen getroffen. Hier habe auch die SPD viel erreicht, so Anne-Kathrin Pauk.

In Berlin hatten West-Berliner SPD-Kreise Patenschaften für die Ost-Berliner übernommen. „Das war eine gute Zusammenarbeit. Es gab ja neben den alten Bundesländern die neuen und ein ganz neues: Berlin. Das hat sich auch in der Partei so durchgezogen“, so Anne-Kathrin Pauk. In Berlin sei die Begegnung viel unmittelbarer gewesen. „Uns hat man unheimlich auf die Beine geholfen, die ganze SPD-Zentrale in der Müllerstraße stand uns ja zur Seite.“

Schnell musste es gehen: Die ursprünglich für den 6. Mai 1990 vorgesehene Volkskammerwahl wurde angesichts des Drucks im Lande auf den 18. März 1990 verlegt. Praktisch aus dem Stand heraus befand sich die SPD im Wahlkampf. Dabei hatte sie selbst erst mit dem Bezirksparteitag vom 3./4. Februar eigene demokratisch legitimierte Strukturen. U. H. □



Die Hellersdorfer SPD auf der Straße.

Foto: Klaus Lichtenstein.

# Trauer um Olaf Sund

Ehemaliger Berliner Arbeits- und Sozialsenator ist verstorben

**Am 8. Januar 2010 ist Olaf Sund in Beedenbostel (Niedersachsen) gestorben. Der sozialdemokratische Sozial- und Arbeitsmarktpolitiker war von 1977 bis 1981 Senator für Arbeit und Soziales in Berlin.**

Olaf Sund kam in schwieriger Zeit nach Berlin. Nach dem Rücktritt des Regierenden Bürgermeisters Klaus Schütz im April 1977 war ein Neuanfang notwendig. Dietrich Stobbe holte den engagierten Sozial- und Arbeitsmarktpolitiker, der zu diesem Zeitpunkt stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion war, als Senator für Arbeit und Soziales in die Stadt.

Längst ließ sich Sozialpolitik nicht mehr aus wirtschaftlichem Wachstum speisen, die Belastung der Arbeitnehmer durch Sozialabgaben stieg. Olaf Sund setzte sich für den Abbau von Privilegien von Ärzten oder Beamten ein, um Kosten zu senken. Zugleich machte er die Arbeitsmarktpolitik zu einem Schwerpunkt seiner Tätigkeit im Senat. Um vor allem Jugendlichen den Weg in den Arbeitsmarkt zu erleichtern, engagierte er sich für die Schaffung neuer Ausbildungsangebote. Berlin wurde mit dem Be-

rufsamst zum Vorreiter in der außerbetrieblichen Ausbildung, Sund unterstützte die Schaffung überbetrieblicher Ausbildungsplätze.

Er selbst hatte - bedingt durch den Krieg - die Schule 1948 als 17jähriger ohne Abschluss verlassen. Als Jugendlicher hatte er im Tiefbau und in der Landwirtschaft gearbeitet, bevor er 1949 eine Verwaltungslehre bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse Heide begann. Nach seinem Abschluss war er 1951 bei der AOK in Rendburg beschäftigt und begann dann ein Jahr später an der Hochschule für Arbeit, Politik und Wirtschaft in Wilhelmshaven-Rüstersiel die Hochschulreife nachzuholen. Von 1954 bis 1957 studierte er Sozialwissenschaften und Volkswirtschaftslehre, legte dann in Hamburg sein Examen als Diplomvolkswirt ab und arbeitete zunächst in der Industrie, ehe er 1962 in die Erwachsenenbildung wechselte.

Schon ein Jahr zuvor war er in die SPD eingetreten. 1970 wurde er in den niedersächsischen Landtag gewählt, 1972 wechselte er - im Wahlkreis Celle direkt gewählt - in den Bundestag und erarbeitete sich

dort schnell Ansehen und das Vertrauen von Herbert Wehner.

In Berlin wirkte er vier Jahre lang als Senator für Arbeit und Soziales. 1981 trat Dietrich Stobbe als Regierender Bürgermeister zurück, für einige Monate arbeitete Sund weiter im Senat von Hans-Jochen Vogel. Durch die vorgezogenen Neuwahlen 1981 verlor die SPD die Mehrheit und ging in die Opposition. Der Arbeitsmarktexperte Sund wurde von 1982 bis 1991 Präsident des Landesarbeitsamtes Nordrhein-Westfalen. Mit 60 Jahren stellte er seine Erfahrungen in den Dienst des Neuaufbaus in den neuen Ländern: Von 1991 bis 1996 war Olaf Sund Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen in Brandenburg. „Mit seinem Wissen und seinen Erfahrungen hat er an der Seite unserer unvergessenen Regine Hildebrandt dazu beigetragen, dass die Menschen wieder Mut fassen und Perspektiven entwickeln konnten“, so der brandenburgische Ministerpräsident Matthias Platzeck in seinem Nachruf.

„Als Senator in Berlin hat er sich vor allem für die Behinderten eingesetzt. Sein Konzept einer behindertengerechten Stadt war zukunftsweisend“, sagte Abgeordneterhauspräsident Walter Momper in seiner Würdigung. **U. Horb** □

**Aus Datenschutzgründen  
nicht in der  
Internetversion enthalten**



## TERMINE

■ SPD Treptow-Köpenick, **Öffentliche Kreisdelegiertenversammlung zur Strategie 2011** und sonstige Antragsberatung, Samstag, 30. Januar, um 10 Uhr, Aula der Schulverwaltung, Freiheit 15, 12555 Berlin

■ Mechthild Rawert, MdB, **Erinnerung braucht einen Ort**, Gedenkveranstaltung am internationalen Holocaustgedenktag 2010 an der Löcknitz-Schule, Samstag, 30. Januar, um 15 Uhr, Schulhof der Löcknitz-Grundschule, Münchener Straße 34 - 38, 10779 Berlin

■ SPD Steglitz-Zehlendorf - AG Migration, „AG Migration goes cinema“: Besuch des Films „Ein Sommer in New York - The Visitor“, Mittwoch, 3. Februar, 18 Uhr, „Broadway“, Tauentzienstraße 8, 10789 Berlin-Charlottenburg, Anmeldungen bitte per E-Mail an: Guenther.SchulzeBerlin@gmx.de

■ SPD Rahnsdorf, **Zum Gedenken an zwei herausragende Frauen: Bildhauerin Ingeborg Hunzinger und Schriftstellerin Clara Müller-Jahnke**, mit Oliver Igel als Herausgeber der Biographie Clara Müller-Jahnkes und Doris Thyrolph, Kulturamtsleiterin Treptow-Köpenick, Samstag, 6. Februar 2010, von 15.00 bis 17.00 Uhr, Gemeindehaus der Evangelischen Kirche, Eichbergstr. 18, Wilhelmshagen

■ Freundeskreis Willy-Brandt-Haus e.V. und die Deutsche Gesellschaft für Photographie, **Preisverleihung des Dr.-Erich-Salomon-Preises an Sylvia Plachy**, Laudatio Peter Sehr, Produzent und Filmemacher, München, Samstag, 6. Februar 2010, um 19.00 Uhr, Willy-Brandt-Haus, Stresemannstraße 28, 10963 Berlin, Weitere Informationen: presse@freundeskreis-wbh.de

■ August-Bebel-Institut, **Volksbegehren versus Volksvertreter? - Zur Rolle direktdemokratischer Elemente in der Berliner Politik**, Donnerstag, 11. Februar 2010, von 18.00 - 20.00 Uhr, Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstraße 163, 13353 Berlin, Anmelden und Informationen unter: info@august-bebel-institut.de

■ AFB Charlottenburg-Wilmersdorf, **Rechenschaftsbericht 2009 und Wahlen**, Mittwoch, 17. Februar 2010, von 18.00 bis 19.30 Uhr, SPD Bürgerbüro, Goethestr. 80, 10623 Berlin

■ SPD Tempelhof-Schöneberg - Abt. Friedenau, **Ball der SPD Friedenau**, Samstag, 20. Februar 2010, Einlass: 18.00 Uhr, Beginn: 19.00 Uhr, Rathaus Friedenau, Schlesiensaal. Vorbestellung der Karten zu 28 Euro im Büro Edmund Hellmich, Telefon 030 - 51 73 66 14, E-Mail: mail@rechtsanwalt-hellmich.de,

■ Projektgruppe Grundeinkommen Tempelhof-Schöneberg, **Ausarbeitung eines Diskussionspapiers bedingungsloses Grundeinkommen**, Donnerstag, 25. Februar 2010, um 19.30 Uhr, Rathaus Schöneberg, Raum 2047, John-F.-Kennedy-Platz, 10825 Berlin, Anmeldung nicht erforderlich, Kontakt Günter Schwarz, gue.schwarz@web.de

## ZUM BEISPIEL: KAAAN ISI

**Gerade kommt er aus einer Ausschusssitzung im Berliner Abgeordnetenhaus. Das ist Teil seines Schülerpraktikums bei Ülker Radziwill, der sozialpolitischen Sprecherin der SPD-Fraktion. Drei Wochen hat Kaan Isi sie jetzt bei der täglichen Arbeit begleitet, im Büro mitgeholfen, aber auch die Debatte zur Schulreform im Abgeordnetenhaus verfolgt. „Das war spannend“, sagt Kaan Isi.**

Politik interessiert ihn einfach. Vor einem Jahr, damals war er 14, hat er sich im Internet über die Jusos informiert. Mit seinem Vater hat er anschließend darüber gesprochen. „Er war einverstanden, dass ich eintrete. Auf der Seite der Bundes-Jusos habe ich mich dann angemeldet.“ Seitdem geht er, wenn es sich mit der Schule vereinbaren lässt, zu den Sitzungen der Jusos Mitte.

Seine Klassenkameraden an der Realschule hat er mit seiner Politikbegeisterung noch nicht anstecken können. „Für viele ist Politik gar kein Thema.“ Und während ihn die Schulstrukturreform begeistert, weil sie für mehr Gerechtigkeit

und bessere Abschlüsse sorgen wird, sind seine Klassenkameraden skeptisch: „Die Lehrer haben ihnen erzählt, dass die Reform schlecht ist.“ Ihm wäre es dagegen am liebsten, „wenn alle Schulen zu einer zusammenwachsen“.

Bildung, Innenpolitik und Integration sind Themen, die ihm wichtig sind. Er wünscht sich mehr Deutschkurse zur Integration, aber auch, „dass Schüler ein offenes Ohr finden“. Mitunter gebe es Ungerechtigkeiten in der Schule, Lehrer, die nicht zugeben, dass sie den Lehrstoff nicht richtig vermitteln können. Um etwas zu verändern, wäre hier eine unabhängige Einrichtung wichtig, an die sich Schülerinnen und Schüler bei Bedarf wenden können, meint Kaan Isi. Aber um etwas zu verändern, ist er ja schließlich auch den Jusos beigetreten. **U. Horb** □



## SPRECHSTUNDEN

■ **DR. EVA HÖGL**, Wahlkreisbüro, Müllerstr. 163, 13353 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 4692-125 oder eva.hoegl@wk.bundestag.de. Nächster Termin: Freitag, 12. Februar 2010, von 16.00 bis 18.00 Uhr

■ **PETRA MERKEL**, Wahlkreisbüro, Goethestraße 80, 10623 Berlin., Bitte telefonisch anmelden unter Tel. 313 88 82 oder petra.merkel@wk.bundestag.de

■ **MECHTHILD RAWERT**, Wahlkreisbüro, Friedrich-Wilhelm-Str. 86, 12099 Berlin. erreichbar: Montag/Mittwoch/Freitag 10.30 bis 14.00 Uhr, Dienstag/Donnerstag 13.00 bis 18.00 Uhr, Sprechstunden nach Vereinbarung unter: Tel. 720 13 884 und mechthild.rawert@wk.bundestag.de

■ **DAGMAR ROTH-BEHRENDT**, MdEP, Europabüro, Brunnenstr. 167 in 10119 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 4660 7911

■ **SWEN SCHULZ**, Bürgerbüro, Bismarckstr. 61, 13585 Berlin. Bitte anmelden unter Tel. 36 75 70 90. Nächster Termin: Donnerstag, 11. Februar 2010, von 15.00 bis 18.00 Uhr

■ **WOLFGANG THIERSE**, Wahlkreisbüro Wolfgang Thierse, Hagenauer Straße 3, 10435 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 442 83 88 oder per Mail: wolfgang.thierse@wk.bundestag.de

## Gespräch und Theaterbesuch

**Im Jahr 2010 wird das Kulturforum Stadt Berlin unter anderem die junge, kreative Theaterszene Berlins in den Blick nehmen. Den Auftakt macht am 3. Februar ein Besuch im Ballhaus Naunynstraße, das nach seiner aufwändigen Sanierung 1983 ein wichtiger Kulturort in Kreuzberg geworden ist.**

Nach der Besichtigung des Hauses und einem Gespräch mit der künstlerischen Leiterin Shermin Langhoff steht um 20 Uhr ein Besuch der Aufführung „Ferienlager - die 3. Generation“ auf dem Programm. Regisseur Lukas Langhoff lässt jugendliche Deutschtürken, die in Berlin geboren und aufgewachsen sind, über ihr Leben in Kreuzberg sinnieren. Treffpunkt ist am Mittwoch, 3. Februar 2010, 18.30 Uhr, im Foyer des Ballhauses Naunynstrasse, 10997 Berlin-Kreuzberg, Naunynstr. 27 (U 1, Kottbusser Tor; Bus M29, Haltestelle Heinrichplatz/Oranienstrasse)

Bitte melden Sie sich zum Besuch der Aufführung telefonisch oder per E-Mail beim Kulturforum an, das die Karten zum Sonderpreis von 7 Euro pro Person kauft. Anmeldung bei Winfried Sühlo, Telefon 030-883 79 14, Mail: post@kultur-in-berlin.com. **BS** □

## Die Berliner Stimme im Abonnement

**Änderungen beim Abonnement?** Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an [berliner.stimme@wegewerk.de](mailto:berliner.stimme@wegewerk.de) oder per Post an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

**Sie haben noch kein Abonnement?** Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin oder per E-Mail an [berliner.stimme@wegewerk.de](mailto:berliner.stimme@wegewerk.de).

Neuköllner Oper:

## „Musik für alle Nationalitäten“

„Tango Türk“ zwischen Berlin und Istanbul

**Die Geschichte spielt zwischen Berlin und Istanbul. Aber auch wenn der Titel des neuen Stücks „Tango Türk“, der mittlerweile vierten Produktion eines deutsch-türkischen Musiktheaters, will die Neuköllner Oper ausdrücklich alle Nationalitäten ansprechen.**

„Tango Türk“ erzählt die Geschichte des jungen Cihan, der nach dem plötzlichen Tod seiner Mutter zurück zu seiner Familie in Istanbul muss und mit ganz anderen Traditionen konfrontiert wird. Er begegnet der türkischen Geschichte, aber auch dem türkischen Tango, den seine Großmutter oder seine Eltern tanzten

Sinem Altan hat die Musik komponiert, Kerem Can das Libretto geschrieben. Auf der Bühne stehen türkischstämmige Sängerinnen und Sänger. „Die Neuköllner Oper macht nicht Theater über türkischstämmige Berliner, sondern mit ihnen“, beschreibt Eckhardt Barthel vom Vorstand der Neuköllner Oper die Herangehenswei-



Szene aus „Tango Türk“ Foto: Neuköllner Oper

se, mit der auch ein Publikum begeistert werden kann, das andere Opern und Theater nicht erreichen. **BS** □

➔ Neuköllner Oper, Karl-Marx-Str. 131, Kartentel.: 6889 0777. Nächste Termine: 4. 2. bis 7. 2.; 12. und 13. 2., 19. 2. bis 21. 2., 24. 2., 26. bis 28. 2.

## KULTURTIPPS

**Singakademie.** Noch bis zum 3. Februar sind Anmeldungen für den Besuch des Konzerts der Singakademie „Deutsches Miserere“ am 5. März (siehe BS 1-2010) möglich. Die ermäßigten Preise betragen: in der Preisgruppe I 21,25 Euro, in der Preisgruppe II 17,00 Euro und in der Preisgruppe III 13,60 Euro.

➔ 5. März, 20.00 Uhr, Einführungsveranstaltung um 19.00 Uhr. Anmeldungen unter [berliner.stimme@spd.de](mailto:berliner.stimme@spd.de) oder im Internet unter [www.spd-berlin.de/singakademie](http://www.spd-berlin.de/singakademie). Nach der Anmeldung übersenden wir Ihnen weitere Informationen.

**Der Dr.-Erich-Salomon-Preis** der Deutschen Gesellschaft für Photographie wird am 6. Februar 2010 im Willy-Brandt-Haus an die Fotografin Sylvia Plachy verliehen. Unter dem Titel „Waiting“ zeigt der Freundeskreis Willy-Brandt-Haus bis zum 28. März eine Ausstellung ihrer Werke.

➔ Samstag, 6. Februar 2010, 19:00 Uhr, Willy-Brandt-Haus, Stresemannstraße 28, 10963 Berlin-Kreuzberg

## „Weil ich hier sein kann, wie ich will“

„Brasilianer in Berlin“ - Ein Fotoprojekt von Katharina Stillisch in der Galerie „Kunst trifft Politik“

**Im vergangenen Sommer waren Katharina Stillischs Porträtaufnahmen in der Brasilianischen Botschaft in Berlin zu sehen. Jetzt wird die Ausstellung in der Galerie „Kunst trifft Politik“ der SPD Treptow-Köpenick gezeigt.**

Die ausgestellten Aufnahmen zeigen das positive Lebensgefühl der Porträtierten. Und sie sind gleichzeitig der Beweis für die These von WISTA-Manager Dr. Peter Strunk: „Berlin ist die toleranteste Stadt in Europa.“ Für ihn ist das zugleich ein wichtiger Standortfaktor für Wirtschaftsentwicklung.

Alle porträtierten Brasilianerinnen und Brasilianer hatte die Fotografin Katharina



Brasilianer in Berlin - Porträtaufnahmen von Katharina Stillisch

Stillisch gebeten, den Satz zu ergänzen: „Ich fühle mich wohl in Berlin, weil ...“ Eine Antwort brachte es am treffendsten auf den Punkt: „... weil Berlin multikulturell ist, weil ich hier sein kann, wie ich will.“

Bis zum 31. März 2010 kann die Ausstellung in der Galerie „Kunst trifft Politik“ noch besucht werden, immer Dienstag 16 – 18 Uhr, bzw. nach elektronischer oder telefonischer Absprache mit Gabriele Schmitz oder Sigrid Schubert. **PM** □

➔ Galerie „Kunst trifft Politik“, Grünauer Str. 8, Gartenhaus, 12557 Berlin (Köllnische Vorstadt), [www.spd-tk.de](http://www.spd-tk.de), Anmeldung unter Tel: 6549 6204, Mail: [sigridschubert@gmx.net](mailto:sigridschubert@gmx.net)